

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 38.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 15. bis 21. September 1911.

Posen, den 26. September 1911.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 215 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 21. September 1911:**Der neue Oberpräsident.**

Ein Telegramm des „Wolff'schen Bureaus“ hat schon gestern mitgeteilt, daß der Oberpräsident Herr v. Waldow zurücktrete. Diese Mitteilung hallte in der polnischen Volksgemeinschaft mit freudigem Echo wider. Wir sind skeptisch gegenüber der Ankündigung einer Änderung des politischen Kurses; aber schon die Tatsache an sich, daß Herr v. Waldow zurücktritt, hat bei uns einen angenehmen Eindruck gemacht. Es ist für uns schwer, eine kritische Würdigung der Tätigkeit des abtretenden Präsidenten zu bieten. Dazu bedarf es einer ausführlichen Bearbeitung. Den einen charakteristischen Zug können wir heute bieten, daß Herr v. Waldow ein offener und offensichtlicher Feind der Polen gewesen ist. Die Vorgänger v. Waldows sündigten zum größeren Teile gleichfalls nicht durch Rücksichtnahme auf unsere Bevölkerung; sie bewahrten aber nach außenhin den Schein objektiver Gerechtigkeit, sie traten nicht so offenkundig, entschieden und rücksichtslos gegen das polnische Element auf.

Herr v. Waldow wurde der Abgott des Haktismus, der sich seiner offenbaren und energischen Unterstützung erfreute. Das einzige positive Resultat, welches er erreicht hat, ist, daß er den Nationalitätenkampf bis zu den äußersten Grenzen soweit getrieben hat, daß heute selbst angesehenen deutsche Kreise zugegeben haben, daß die Gefahr für den Staat nicht auf den Polen, sondern auf dem Nationalitätenkampf und seinen nachteiligen Folgen beruht.

Unter diesen Verhältnissen heißen wir den neuen Gouverneur unsres Landesteils willkommen, selbst wenn diese Ernennung einzig einen Personen-, nicht aber einen Systemwechsel bedeuten sollte.

In der Verwaltung unsres Landes macht sich nicht nur die politische Richtung, sondern vor allem der Charakter des obersten Leiters, sein Gefühl für Recht, Gerechtigkeit und Billigkeit bemerkbar. Von diesen persönlichen Eigenschaften hängt viel ab.

Dem neu ernannten Präsidenten legt die polnische Bevölkerung den einen Wunsch vor: ein gerechtes Regiment auf dem Grundsatz der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung. Wird dieser Wunsch berücksichtigt, dann wird eine gewisse Beruhigung der Gemüter eintreten. Die Stellung des Oberpräsidenten des Großherzogtums ist weit wichtiger, als in anderen Landesteilen. Die Gesetzgebung der letzten Jahre wurde so gestaltet, daß sie dem obersten Beamten im Lande bei uns geradezu die Diktatur verleiht. Alle Rechte der

Bürger normiert in anderen Landesteilen das Gesetz, bei uns beläßt das Gesetz dem Präsidenten das Recht, nach seinem Ermessen zu entscheiden. In erster Linie haben wir das Ansiedlungs-gesetz im Sinne. Wir empfehlen dem neuen Präsidenten, er möge geruhen, die einschlägigen Verhältnisse selbst zu prüfen, ohne sich auf die Berichte zu verlassen, dann wird er sich überzeugen, daß die Verbote, sich auf dem Lande auszubauen, geradezu unmögliche Verhältnisse herbeigeführt haben. Die Leute haben keine Wohnung, die Behörde aber gestattet das Bauen nicht. Muß unter diesen Verhältnissen nicht Haß statt Vertrauen gegenüber der Behörde entstehen, wenn man direkt menschliche Lebensbedürfnisse verneint? Der Nachfolger des Herrn v. Waldow wird eine schwierige Aufgabe haben, nicht aus Anlaß der Polen, — er wird sich nämlich schon nach nicht langer Zeit überzeugen, daß die polnische Bevölkerung friedlich, religiös gesinnt ist, daß sie Achtung vor der Obrigkeit hegt und einem jeden gegenüber Dankbarkeit hegt, der ihr Gerechtigkeit zuteil werden läßt. Die Schwierigkeit seiner Position wird auf dem Einfluß des Haktismus beruhen, der zu Zeiten des Herrn v. Waldow öffentlich verkündet hat, daß die Regierung alle seine Wünsche erfülle. Neben der offiziellen Staatsgewalt besteht eine Nebenregierung in dem Ostmarkenverein, dessen Einfluß überall ersichtlich ist. Alle wichtigeren Gesetze und Verfügungen der lokalen Behörden entstanden auf die Anregung dieses Vereins hin. Er wird auch weiterhin bestrebt sein, das Regiment unsres Landesteils in seiner Hand zu behalten; daselbe hat tatsächlich in seiner Hand geruht.

Herr v. Schwarzkopff wird dem gegenüber zwei Wege haben, — entweder sich dem Haktismus zu unterwerfen, oder mit starker Hand das Steuer der Regierung zu ergreifen unter energischer Beseitigung aller versteckten Einflüsse.

Dem Haktismus gehören im Großherzogtum überwiegend die Beamten an; ihre Referate, die die Grundlage für die Entscheidungen der höchsten Behörden bilden, stehen unter dem Einfluß des Haktismus. Deshalb besteht die Befürchtung, daß der Statthalter des Landes unbewußt unter den Einfluß des Haktismus kommen wird, wenn er es nicht verstehen wird, sich von überflüssigem Bürokratismus zu bewahren. Deshalb muß der Grundsatz beseitigt werden: „quod non est in actis non est in mundo“ und es muß der Grundsatz angenommen werden, sich von unabhängigen Bürgern, sowohl polnischen als auch deutschen, informieren zu lassen. Das ist die einzige Möglichkeit, sich ein gründliches und objektives Urteil über die Angelegenheiten und die in unserm Landesteil herrschenden Verhältnisse zu bilden. Die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Großherzogtums hat die Ara Waldow

aufgehalten, die eine so große Erbitterung beider Nationalitäten herbeigeführt hat, daß die Unmöglichkeit entstand, sogar in politischen, wirtschaftlichen oder humanitären Fragen gemeinsam zu arbeiten. Jede Nationalität bildete eigene Organisationen, die eine mit Protektion der Regierung, während die zweite sich höchstens des „tolerari posse“ erfreute. In dieser Hinsicht ist eine entschiedene Änderung heute schwierig, aber viele Fragen wird man durch gemeinsame Tätigkeit, oder wenigstens durch Verständigung zwischen den Organisationen erledigen können. Ob es dem Oberpräsidenten gelingen wird, es zu einem gewissen „modus vivendi“ zu bringen, um in wichtigeren humanitären und wirtschaftlichen Fragen eine gemeinsame Aktion zu ermöglichen, das wird die Zukunft lehren, aber entscheidend wird die Tatsache sein, ob der Herr Oberpräsident es verstehen wird, sich das Vertrauen der polnischen Bevölkerung zu verschaffen. Man kann sich nicht wundern, daß das Regiment der letzten 15 Jahre das Vertrauen der polnischen Bevölkerung zum Staat soweit untergraben hat, daß wir heute in der Behörde das sehen, was sie uns gegenüber war, einen offenen Feind.

Wir hegen die Hoffnung, daß es dem neuen Oberpräsidenten gelingen wird, diese Gefühle, die heute die Bevölkerung der Behörde gegenüber empfindet, zu beseitigen, wenn er sich auf den Grundsatz stützen wird: „Weniger Politik — und mehr Gerechtigkeit“. Wenn er die Lage näher beurteilen wird, wird er sich überzeugen, daß die verkehrte Politik seines Vorgängers keine Änderung der Tatsache bewirkt hat, daß die seit Jahrhunderten im Großherzogtum ansässige polnische Bevölkerung existiert und existieren wird, weil sie ihre Nationalität nicht verleugnen kann und will. Diese Tatsache wird weder durch Verfolgungen noch durch ungerechte Behandlung aus der Welt geschaffen. Das Verhältnis der polnischen Bevölkerung zum Staat und zur Behörde ist vielmehr davon abhängig, wie deren Charakter beschaffen ist.

In der Hand der Behörde liegt nicht die Möglichkeit der Entnationalisierung — hundert Jahre beweisen dies treffend — dagegen hängt es von der Behörde ab, ein normales Verhältnis der Bevölkerung zum Staate zu schaffen. Wir heben gegenüber der falschen, vom Fatalismus verbreiteten Anschauung ausdrücklich hervor, daß wir nicht Feinde des Staates sind, wir bekämpfen einzig die Richtung, die uns unsere Nationalität und unsern Glauben zu nehmen bestrebt ist, die uns die politische Gleichberechtigung, die Möglichkeit des Verdienens und Lebens auf der Erde unserer Vorfahren nehmen möchte.

Die Verteidigung dieser unserer Rechte ist eine natürliche Sache, ständig und beharrlich werden wir um sie kämpfen, aber wir bemerken gleichzeitig, daß wir keinen Kampf mit dem Staate führen, sondern mit der verderblichen Richtung seiner Politik. Hieraus ergibt sich, daß unser Kampf aufhören wird gegenüber einer Regierung, die sich uns gegenüber von Gerechtigkeit und Gleichberechtigung wird leiten lassen. Wir haben es für unsere Pflicht gehalten, für den neuen Oberpräsidenten die Haltung unserer Bevölkerung gegenüber der Behörde und dem Staate klar zu kennzeichnen.

Wenn dieser die Wahrheit verstehen wird, daß die Sonne im Großherzogtum durch Fügung der Vorsehung auch für die Polen leuchtet, daß sie ein Anrecht auf Licht und Leben, auf ein gerechtes Regiment haben, dann wird er sich überzeugen, daß sich die Behörde auf die polnische Bevölkerung stützen kann.

Aus Abgeordnetenkreisen teilt man uns mit, daß von irgendwelchen Sympathien des neuen Oberpräsidenten den Polen gegenüber nicht die Rede ist.

Als Chef einer Abteilung im Kultusministerium hat Herr v. Schwarzkopff mehrfach im preussischen Landtage sehr nachdrücklich gezeigt, daß er sich mit der Germanisierungspolitik der preussischen Regierung, besonders in Schulangelegenheiten, solidarisiere. Darüber hinaus gilt Herr v. Schwarzkopff jedoch für einen sehr intelligenten und gerechten Beamten.

Aus Nr. 215 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 21. September 1911:

Waldow—Schwarzkopff.

Der endgültige Rücktritt Waldows vom Posten des Oberpräsidenten im Großherzogtum ist für niemanden eine Überraschung. Es war nur noch eine Frage der Zeit oder vielmehr sogar nur eine Frage der formellen Erledigung der Angelegenheit. Zwischen Waldow, dem Freiherrn v. Schorlemer und dem Ministerpräsidenten Bethmann-Hollweg hatte sich auf dem Gebiete der polenfeindlichen Bodenpolitik ein solcher Gegensatz herausgebildet, daß Waldow im Amte nicht verbleiben konnte.

Was Waldow für uns war, welche Rolle er in seiner achtjährigen Amtszeit gespielt hat, brauchen wir nicht ausführlich in Erinnerung zu bringen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß Waldow im Sommer 1903 den Posten des Oberpräsidenten nach Bitter übernahm, daß ein Jahr später die Novelle zum Ansiedelungsgesetz entstand, die bei uns mit ganzer Rücksichtslosigkeit zur Anwendung gelangte, um bald darauf die Forderung eines Enteignungsgesetzes zum leitenden Gedanken zu machen, und — als das Enteignungsgesetz angenommen war — die Frage der Verwirklichung dieses Gesetzes auf des Messers Schneide zu stellen. Neben dem Drängen nach dieser Richtung vollzog sich eine hervorragende germanisierende Kulturtätigkeit, wofür ein Beweis alle die Institute und Gebäude sind, die in der Hauptstadt Großpolens unter den Auspizien Waldows mit kraß polenfeindlichem Charakter entstanden sind.

Die hiesigen „freisinnigen“ Posener Neuesten Nachrichten loben die „würdevolle Ruhe“ Waldows, sein „Rechnen mit jedem Wort“ und seine „Gerechtigkeit gegen jedermann“. Diese „Gerechtigkeit“ hat die polnische Volksgesamtheit reichlich kennen gelernt, und die „würdevolle Ruhe“ und das „Rechnen mit jedem Wort“ beruhten auf der Kundgebung des germanisatorischen Geistes in jeder Tat.

Waldow geht gegenwärtig fort, das polnische Element aber bleibt, was es war. Das Steuer übernimmt in Bälde Schwarzkopff, Doktor der protestantischen Theologie und der Rechte, der bisherige Unterstaatssekretär im Kultusministerium.

Wer ist Schwarzkopff? Er ist kein Beamten-Mannequin und verdankt seine Karriere keiner Geschlechtertradition. Er schwang sich durch seine Intelligenz, durch seine Individualität empor. Seine Gegner aus den liberalen Lagern räumen gleich den Anhängern der Rechten des deutschen Volks ein, daß Schwarzkopff eine hervorragende Persönlichkeit sei, die nach Althoffs Tode im Kultusministerium eine höchst wichtige Rolle spielte. Die deutsche Linke hält Schwarzkopff für einen entschiedenen Anhänger der „konservativ-kerikalen“ Richtung.

Die hervorragenden Merkmale der Persönlichkeit Schwarzkopffs sprechen dafür, daß der Wechsel im Posener Oberpräsidium kein Akt von untergeordneter politischer Bedeutung sein wird. Die Wahl Schwarzkopffs bedeutet eine Bestätigung der Richtung Bethmann-Hollwegs und Schorlemers, deren Wesen die Fortsetzung der Germanisierungspolitik ist, aber möglichst ohne Anwendung des Enteignungsgesetzes und ebenso ohne allzu

trasse Verwaltungsschikanen. Die grundsätzliche Richtung des polenfeindlichen Systems verteidigte Schwarzkopff von der Rednerbühne des Landtags wiederholt. Er wird ihr zweifellos auch in seiner neuen Stellung treu bleiben. Er wird nur den „Ton eines anständigen Menschen“ und die Methode einer Regierung, die als Regierung eines Kulturstaats gelten will, einführen.

Welche Schlüsse ergeben sich hieraus für die polnische Volksgesamtheit? Wir müssen dessen eingedenk sein, daß in der Politik der kluge Politiker zu siegen pflegt. Die Volksgesamtheit wird politischen Verstand an den Tag legen, wenn sie sich der Regierung gegenüber in rühriger Reserve halten und im Innern auf allen Gebieten ihre Pflichten aufs nachhaltigste erfüllen wird.

Es wäre ein Unglück, wenn wir eine gewisse Änderung in den Wegen und Methoden als einen grundsätzlichen Wechsel des ganzen polenfeindlichen Systems ansehen, wenn wir wiederum in eine politische Hysterie verfallen sollten, die unsere Stellung gegenüber der Regierung und des deutschen Elements schwächt und unser inneres Band zersprengt. Wir haben doch wohl ziemlich viele Erfahrungen und zwar ziemlich trübe Erfahrungen hinter uns, daß wir im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht eine praktische Lehre aus ihnen ziehen sollten. Wenn wir sie ziehen werden, so werden wir uns als politisch reife Volksgesamtheit erweisen

weil die Regierung sie nicht in Angriff nahm, deshalb verläßt er Posen. Die Polen werden um Herrn v. Walbow nicht weinen, er hinterläßt unter ihnen eine traurige Erinnerung. Er tat, was er konnte, um die Polen zu schwächen, indes hat sich unser Element während der Zeit seines Verfolgungsregimes noch gestärkt.

Der neue Oberpräsident Schwarzkopff war lange Jahre im Berliner Kultusministerium, und er galt als Reaktionär. Er ist Besitzer von Zborowo und Zborowko im Kreise Grätz, wohin er häufig reiste, und er soll schon lange gewünscht haben, daß er nach dem Großherzogtum versetzt werde.

Das katolische Posener Tageblatt, das um seine katolische Politik besorgt ist, ermahnt den neuen Oberpräsidenten, er möge an der Hebung der „Ostmark“ ebenso wirken, wie sein Vorgänger, indem er die Bestrebungen der Polen bekämpft. Das Tageblatt ist indes bereits damit einverstanden, daß der Oberpräsident seine Maßnahme ändern und einen anderen Weg gehen werde. Dies werde aber nicht hindern, daß er bestrebt sein werde, den Osten stets als unzertrennliches Glied des preussischen Staats und die „Ostmark“ als deutsche Grenzmark zu erhalten. Wozu schreibt denn das Tageblatt so schwülstig, fürchtet es, daß der neue Oberpräsident das Großherzogtum den Polen ausliefern wird?

Aus Nr. 215 des Oredownik (Posen)
vom 21. September 1911:

Der neue Oberpräsident

gilt als offener Gegner der Nationalliberalen, die in unserem Landesteil die Hauptreihen der Junft von den drei Buchstaben bilden. Die Ernennung des Herrn Schwarzkopff zum Oberpräsidenten ist also eine weitere Niederlage des Hafatismus, der in der letzten Zeit so viele verdiente Schläge aus der Hand des Landwirtschaftsministers Schorlemer erfahren hat. überhaupt teilt der neue Oberpräsident in der polenfeindlichen Politik die Meinung des Landwirtschaftsministers.

Was uns anbetrifft, so haben wir keine Veranlassung zu trauern, daß Walbows Nachfolger nicht der den Hafatisten genehme Herr v. Schwerin, der jetzige Regierungspräsident von Oppeln, wird, der sich unseren dortigen Brüdern ordentlich fühlbar macht. Unsere Freude darf uns indes nicht aus dem Gleichgewicht bringen. Wir müssen immer dessen eingedenk sein, daß das preussische System stets zielbewußt die Germanisierung bezwecken wird, und zur Erreichung dieses Zwecks wenden die Gemäßigteren gelindere, aber desto gefährlichere Mittel an, während uns der Hafatismus mit einem Schläge germanisieren möchte.

Aus Nr. 215 des Postep (Posen)
vom 21. September 1911:

Der neue Oberpräsident.

Mit großem Bedauern verabschiedet die hiesige deutsche Presse Herrn v. Walbow, der acht Jahre hindurch eine konsequente polenfeindliche Polenpolitik getrieben hat, wie das Posener Tageblatt sein Leid klagt. Alles, was Herr v. Walbow in unserem Großherzogtum gewirkt hat, tat er zu Gunsten der Stärkung des Deutschtums. Ein solches Zeugnis stellen ihm die katolischen Organe aus, und zwar mit vollem Recht. v. Walbow haßte geradezu die Polen, und er machte damit Reklame, daß er dem Ostmarkenverein angehört. Er war der größte Anhänger der Enteignung, und

Aus Nr. 214 der Gazeta Polska (Kösten)
vom 21. September 1911:

Der neue Oberpräsident des Großherzogtums.

Auf die Stimmen der deutschen Blätter braucht man keinen großen Wert zu legen, denn der neue Oberpräsident wird ebenso vorgehen wie seine Vorgänger, d. i. er wird zum Vorteil des Deutschtums und zum Nachteil des Polentums wirken, denn solange die Welt bestehen wird, wird der Deutsche dem Polen nicht Bruder sein.

Aus Nr. 216 des Lech (Gnesen)
vom 21. September 1911:

Der neue Oberpräsident.

Unsere am 20. Juni d. Js. gebrachte Mitteilung, daß der Ministerialrat Schwarzkopff Anwärter auf den Oberpräsidentenposten sei, hat sich gegenwärtig verwirklicht. Aus Berlin teilt man uns nämlich mit, daß diese Ernennung gegenwärtig amtlich bekannt gegeben worden ist.

Die Ernennung des Geheimrats Schwarzkopff soll, wie es scheint, wirklich der Beginn einer neuen Methode im Kampfe mit den Polen sein. Schwarzkopff ist langjähriger Mitarbeiter im Kultusministerium, und er hat besonders auf die Bildung der Schulverhältnisse seinen Einfluß ausgeübt. Seit Jahren hat im Ministerium nicht der Minister, sondern der Rat Schwarzkopff geherrscht. Daß man eine solche Persönlichkeit an die Spitze des Großherzogtums gestellt hat, kann nicht ohne bestimmte Absicht geschehen sein. Der Zweck wird unzweifelhaft der sein, daß sich von jetzt an die antipolnische Politik weniger gewaltsam, als es bisher der Fall gewesen war, an die Polen heranzumachen soll. Diese Politik wird unzweifelhaft ein ganzes Arsenal kultureller Mittel entfalten, um die Polen für die deutsche Kultur zu gewinnen und sie auf diese Art zu germanisieren. Wenn dies die Pläne der Regierung sind, dann ist zu ihrer Durchführung die Person des Rates Schwarzkopff die allergeeignteste.

Wir haben also keine Veranlassung, uns über die Ernennung Schwarzkopffs zu freuen, sondern wir müssen uns vielmehr rechtzeitig damit beschäftigen, wie wir die neue Methode der antipolnischen Politik bekämpfen und unmöglich machen können, die weit gefährlicher als die bisherige Politik ist.

Aus Nr. 212 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 17. September 1911:

Über die Verhältnisse im polnischen Lager

bringt die Schles. Ztg. einen umfangreichen Artikel, welcher die Entwicklung der polnischen Parteien charakterisiert. Diese Charakteristik ist teilweise zutreffend, teilweise irrig, so z. B. wenn es heißt, der Verlag des Drendownik habe sich mit dem neu entstandenen Kurjer Poznański erst nach dem Tode Roman Szymanskis vereinigt, woraus der Verfasser falsche politische Schlüsse zieht.

Die Schles. Ztg. täuscht sich auch, wenn sie sich der Hoffnung hingibt, daß die Existenz von Parteien vielleicht die Position der Polen den Deutschen gegenüber bei den Wahlen schwächen werde. Wir stellen nicht ohne reale Grundlagen fest, daß — wenigstens soweit es sich um das Großherzogtum handelt, — die leitenden Faktoren, die auf beiden Seiten auf deutlichem Parteistandpunkt stehen, von der redlichen Absicht beseelt sind, den Wahlsfeldzug auf einer einträchtigen, für beide Seiten annehmbaren Grundlage durchzuführen. Natürlich ist es von der Absicht bis zu deren Durchführung weit. Aber auch eine gute Absicht ist schon etwas wert.

Was nämlich uns betrifft, so haben wir bereits in der konstituierenden Versammlung des nationaldemokratischen Vereins betont, daß das demokratisch-volksparteiliche Lager sich nicht zu dem Zwecke organisiere, um immer und überall mit den politischen Gegnern in der eigenen Volksgemeinschaft zu kämpfen, sondern um den Kampf zu führen, wenn er durchaus nötig ist. Grade organisierte verständige Elemente können und verstehen mit einem organisierten verständigen Gegner zu diskutieren, sie können und wissen den Kampf zu vermeiden, wo dieser Kampf überflüssig ist. Eine starke Partei muß jederzeit auf den Kampf vorbereitet sein; daraus folgt jedoch nicht, daß sie ausschließlich im Kampfe ihren Zweck erblickt. Das Wesen einer Partei ist das Kapital an politischem Denken, welches sie repräsentiert, sowie die organisatorische Disziplin und Elastizität.

Das politische Denken und das organische Sinnen der Nationaldemokratie werden bei den Wahlen vor allem nach der Richtung angestrengt werden, um den polnischen Besitzstand zu stärken, zum mindesten aber zu erhalten. Wir sind davon überzeugt, daß auch die konservative Rechte unsrer Volksgemeinschaft in dieser Hinsicht alles daransetzen wird. Möge also die Schles. Ztg. auf die Konflikte im polnischen Lager nicht allzusehr spekulieren, möge sie sich lieber die Verhältnisse auf der konservativ-liberalen politischen Wahlbörse ansehen.

Aus Nr. 209 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 14. September 1911:

In Sachen der Erklärung, welche einige Strelnoer jüdische Geschäftsleute in der Nummer 3740 der Pol. Neuzeit. Nachr. gegen den Ostmarkenverein erlassen haben, schreibt der Dziennik u. a.:

... Der obige Brief eines Kreises deutschfreisinniger Bürger aus Strelno verdient aus mehreren Gründen Beachtung, hauptsächlich deshalb, weil er einen neuen Beweis dafür liefert, daß sich immer breitere Kreise der hiesigen deutschen Volksgesamtheit von dem bisherigen Terrorismus der Hakatisten emanzipieren. Es ist zweifellos das Verdienst des Obersten v. Heydebreck, der durch sein mannhaftes Auftreten gegen die verbitternde und vor allem für die Deutschen schädliche Tätigkeit des Ostmarkenvereins als Erster seinen Mitbürgern den Weg wies, den man zu wandeln hat. Dieses Auftreten bildet einen sehr empfindlichen Schlag für die hiesigen Hakatisten, hauptsächlich mit Rücksicht darauf, daß er die rechte Ohnmacht dieser Partei zu Tage treten ließ, welche durch ihre Schreierei und ihre Fehbesuchung bisher die hiesige öffentliche Meinung terrorisiert und sich als den selbstherrlichen Herrn der Lage betrachtet hat. Diese Einbildung beginnt immer mehr zu schwinden, und immer mehr Momente scheinen dafür zu sprechen, daß die Tage der Herrschaft der Hakatisten sich dem Ende nähern.

Natürlich darf man nicht meinen, daß eine Schwächung, ja der Fall des Hakatismus eine ernstere Wandlung in unserer politischen Lage hervorrufen werde. Im letzten Falle wird sich einzig die Methode ändern, das Entnationalisierungssystem selbst wird einer Änderung nicht unterliegen. Die Berliner regierenden Kreise haben sich schon zu weit in die sogenannte antipolnische Politik verrannt, als daß zu erwarten wäre, daß sie von dem bisherigen Wege sich abkehren werden, besonders da die deutsche öffentliche Meinung — sei es die konservative, oder die freisinnige — sie nicht zwingen wird, mit dem bisherigen System zu brechen.

Aus Nr. 211 des „Lech“ (Gnesen)
vom 15. September 1911:

An die Reservisten.

In diesen Tagen werfen Hunderte unserer Jünglinge die militärische Uniform ab und kehren als „Reservisten“ in die heimatlichen Gegenden zurück. Die Zeit des Militärdienstes ist eine harte Zeit, voller Selbstverleugnung und Demütigung, besonders für einen katholischen Polen. Auf Schritt und Tritt ist er Spott und Hohn ausgesetzt. Andererseits erzählt man dem Soldaten unaufhörlich von der Größe und Macht des deutschen Vaterlandes, von den Taten der preussischen Könige, von ihrer Fürsorge für die Nation. Es ist also kein Wunder, daß mancher von unsern Landsleuten in deutscher und lutherischer Umgebung, in häufig verdorbener Gesellschaft, an seinem Glauben und an seiner Nationalität Schaden erleidet. Sie haben ihm von der deutschen Macht, von der Herrlichkeit der deutschen Kultur so viel in die Ohren posaunt, daß er in der Tat auch an die Vortrefflichkeit alles dessen, was deutsch ist, zu glauben beginnt. Von hier aus ist es dann nur noch ein Schritt zur Mißachtung seiner Nation und der Vergangenheit der polnischen Kultur. Es gibt in der Tat auch solche Jünglinge, die nach ihrer Rückkehr vom Militär, nachdem sie in einer größeren Stadt einen gewissen Schliff erhalten haben, etwas besseres als ihre Brüder zu sein glauben, die zu Hause geblieben waren. Bei jeder Gelegenheit brauchen sie Brocken der fremden Sprache, die sie während ihrer Dienstzeit aufgegriffen haben, und wenn es auch nur holprig geht, wenn sich auch die armen Teufel die Zunge zerbrechen, so plappern sie dennoch schwäbisch, denn sie glauben, dadurch den andern zu imponieren, an Ansehen und Beliebtheit zu

gewinnen. Sie verlachen ferner unsere alten Sitten und Gebräuche, wenden gern deutsche Sitten und Gebräuche an, ja, sie spotten sogar über den Glauben und die Religion. Diese bedauernswerten Jünglinge bringen der polnischen Nation nur Schande! Es ist nicht ihre eigene Schuld, daß sie auf Abwege geraten sind und ihr Polentum und den katholischen Glauben zu verleugnen beginnen. Deshalb muß man ihnen Verständnis entgegenbringen, man muß sich redlich ihrer annehmen und sie wieder auf den guten Weg zurückführen.

Aber auch jene, die nicht so handeln, haben in die heimatischen Gegenden viele fremden Eigentümlichkeiten mitgebracht, die sie möglichst schnell ablegen müssen.

Nach dem Abwerfen der militärischen Uniform mögen sie auch gleichzeitig die Haut des preussischen Kriegers abwerfen, in welche man sie gehüllt und in welcher man sie mit Hilfe eiserner Strenge festgehalten hat. Von jetzt an mögen sie nur wahre und begeisterte Polen sein. Mögen sie unverzüglich in polnische Vereine eintreten, sei es in landwirtschaftliche, industrielle, Arbeiter-, Gefangs- und vor allen Dingen in Sokol-Vereine. Hier werden sie erfahren, daß es keine Schande, sondern eine große Ehre ist, der polnischen Nation anzugehören, weil diese Nation hervorragende Männer, Feldherren und Helden hervorgebracht hat, auf eine tausendjährige herrliche Geschichte ihrer Taten zurückblickt und heute auf jedem Gebiete der Weltkultur herrliche Früchte hervorbringt.

Man hat euch geheißen, in die Kriegervereine einzutreten, indem man gesagt hat, daß ihr dem Könige Treue geschworen habt und deshalb dem Kriegerverein angehören müßt. Das ist eine greifbare Unwahrheit! Im bürgerlichen Leben ist jeder ein freier Bürger und im Rahmen der Staatsgesetze kann er machen, was ihm beliebt. Ihr braucht und dürft also den Kriegervereinen nicht angehören! Euer Platz ist in den polnischen Vereinen, weil nur diese unsern Glauben und unsere Nationalität gehörig verteidigen!

Eine einzige Sache, die euch beim Militär gelehrt worden ist, haltet fest für euer ganzes Leben, nämlich die Disziplin, das Pflichtgefühl und die Pünktlichkeit. Es sind dies Tugenden, die sich unter uns Polen leider nur selten finden. Jeder möchte befehlen, niemand will gehorchen. Sei es in Vereinen, sei es bei irgend einer andern Gelegenheit, jeder möchte alles nach seinem eigenen Kopfe machen. Ebenso fehlt es uns an Pflichtgefühl. Das Fehlen derselben macht sich überall empfindlich bemerkbar. Gern übernehmen wir verschiedene Aufgaben, Ämter usw., aber wenn es dazu kommt, die übernommenen Pflichten zu erfüllen, dann sind wir nicht da. Nicht weniger sündigen wir hinsichtlich der Pünktlichkeit. Es sind dies unsere Kardinalfehler, welche abulegen wir nach allen Kräften bemüht sein müssen. Wer durch die harte militärische Schule gegangen ist, wer es gelernt hat, jedem militärischen Befehl blind zu gehorchen, wer es verstanden hat, sich in jedem Augenblick den Befehlen von oben unterzuordnen, der wird und muß es auch verstehen, sich im bürgerlichen Leben von der Disziplin, dem Pflichtgefühl und der Pünktlichkeit leiten zu lassen und den andern als gutes Beispiel zu dienen. In dieser Hinsicht kann sogar der militärische Dienst, der für uns zur Schule der Internationalisierung werden kann, uns sehr bedeutende Dienste leisten, wenn wir ihn nur gehörig auszunützen verstehen.

Indessen müßt ihr euch möglichst schnell jedem fremden Einfluß entziehen. Die erfolgreichsten Mittel hierfür sind gute polnische Zeitungen und polnische Bücher, polnische Vereine, polnische Umgebung, welche

Mittel euch aufs neue für ewige Zeiten mit unzerreißbaren Banden an die polnische Volksgesamtheit fesseln werden.

Aus Nr. 211 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 16. September 1911:

Die Tumultszenen, die sich vor kurzem gelegentlich einer Feuersbrunst in der Stadt Schrimm zugetragen haben, führt ein Korrespondent des Kurjer Poznański auf die nachstehende Ursache zurück:

Wegen der bekannten Zerrwürfnisse in der Schützengilde verzichteten die Polen auf der ganzen Linie auf jede Gemeinschaft mit den Deutschen und Juden, und sie traten auch aus der Freiwilligen Feuerwehr aus. An Stelle der Polen zog man in die Wehr Elemente, die sich zu dem Rettungswerk absolut nicht eigneten. In der Nacht auf Mittwoch brach bei einem gewissen Mieter, der bei dem Bäckermeister Walkiewicz wohnt, Feuer aus. Als jener Mieter die Ratlosigkeit der deutsch-jüdischen Feuerwehrleute sah, beschwerte er sich bei dem Oberfeuerwehrmann, einem Juden. Dieser schnauzte jedoch den Beschwerdeführer in sehr hitziger Weise an und ließ ihn ohne weiteres verhaften. Die anwesenden Polen nahmen für den unrecht behandelten Mieter Partei, und sie suchten auf eine Weise, welche die Grenzen des Erlaubten nicht überschritt, der Ausführung des Befehls vorzubeugen. Von irgendwelchem hartnäckigen Widerstand oder von einem Ruinieren der Löschgeräte polnischerseits ist überhaupt nicht die Rede.

Aus Nr. 213 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 15. September 1911:

Der Vogt Johann Rowicki

aus Walentinowo bei Luisensfelde in unserm Kreise ist in die Reihe der Agenten der Ansiedlungskommission getreten. Vor uns liegt sein an eine gewisse Person, von welcher er annimmt, daß sie in den Diensten der Ansiedlungskommission steht, gerichteter Brief. Seinen außerordentlich charakteristischen Brief bringen wir zur allgemeinen Kenntnis:

„Gehrter Herr!

Ich habe in der Zeitung gelesen, daß Sie für die Ansiedlungskommission Wirtschaften kaufen. Sollte dies wahr sein, dann wollen Sie zu mir nach Walentinowo kommen. Ich weiß zwei Wirtschaften, die in der Mitte zwischen Ansiedlungsgütern liegen, eine von 90 und eine von 80 Morgen. Wenn wir dorthin gehen werden, werden Sie sie sicherlich kaufen. Nebenbei kann man an ihnen gut verdienen.

Hochachtungsvoll

Johann Rowicki, Vogt.

Walentinowo bei Luisensfelde.

Ich bitte zu kommen oder abzuschreiben.

Irgendwelche Bemerkungen sind überflüssig. Vor diesem Vogt, der nach Verrätergeld gierig ist, warnen wir unsere Besitzer, besonders in der Umgegend von Luisensfelde.

Aus Nr. 208 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 13. September 1911:

Landhändler.

Erst vor wenigen Tagen brandmarkten wir in entsprechender Weise die Tat des Wladislaus Sztu-

Łowski, dessen Gut Piotrowo in den Besitz des Grafen Maczynski übergegangen ist. Heute teilt man uns mit, dieser Sztukowski habe sich wiederum die bedrängte Lage des Herrn Alkiewicz aus Zielinieć zunutze gemacht und dessen Vorwerk erworben. Unser Informator schreibt, Herr Alkiewicz habe schlecht gestanden und er habe verkaufen müssen; er hätte jedoch einen Käufer finden können, welcher Zielinieć zu tatsächlich wirtschaftlichen, nicht aber zu spekulativen Zwecken erwarb.

Selbstverständlich werden wir, wenn Zielinieć in deutsche Hände übergehen wird, Herrn Alkiewicz voll und ganz für den Landverlust verantwortlich machen. Das betonen wir von vornherein.

Sehen wir uns jedoch einmal den Typus Blazislaus Sztukowski näher an. Landwirt ist er nicht. Er ist vielmehr Weißwarenhändler in Fraustadt, früher wohl in Tremessen. Als solcher verlangt er natürlich, daß die Polen aus der Stadt und Umgegend im Sinne der Losung „Der Landsmann zum Landsmann“ Wäsche von ihm kaufen. Und da das offensichtlich kein genügend rentables Unternehmen ist, handelt er gleichzeitig mit Land, wobei er in drei Monaten 30 000 Mark verdient, aber für das Polentum 440 Morgen Land auf Rimmerwiederkehr verloren gehen macht.

Die Presse drückt ihn an die Wand; daher „protestiert“ er zunächst brieflich und er verfrachtet sich hinter dem Schirm des ersten besten Landwirts, welcher die Rolle eines Figuranten spielt. Das hilft nichts, — die Presse drückt ihn immer noch mehr an die Wand. Dann fährt er „mit Zeugen“ nach Posen in die Redaktion und beginnt sich zu entschuldigen, daß er jenen angeblichen Käufer, den Landwirt, nicht länger habe prüfen können, denn man hätte „im Verlauf einer Woche einen so guten Käufer einbüßen können“. Er erhält eine scharfe Belehrung, daß man mit Land nicht ebenso schachern dürfe, wie mit einer Kuh oder mit Knöpfen, und muß in beschleunigtem Tempo die Redaktion verlassen. Aber in beschleunigtem Tempo kehrt er auch in die Provinz zurück, um einen anderen Fleck Landes aufzukaufen, und auf diese Weise geht der Handel weiter.

Einem solchen Landschacher schenkt unsere öffentliche Meinung nicht genügend Beachtung. Man muß ihn rücksichtslos selbst dann bekämpfen, wenn der Betreffende fürs Erste noch keinen ausgesprochenen Schacher auf dem Gewissen hat. Denn früher oder später gerät man auf diesem Wege zum Schachern, in jedem Falle aber schaffen die Landhändler in den Kreisen der Landwirte eine nicht bloß fieberhafte, sondern geradezu unsittliche Atmosphäre.

Die Volksgemeinschaft hat das Recht, zu verlangen, daß die, welche Land erwerben, daselbe nicht als eine Ware ansehen, mit der man Handel treiben darf, wie mit Wäsche, sondern als ein nationales Kapital, über welches man mit dem Gewissen eines redlichen Bürgers zu wachen hat. Die Volksgemeinschaft kann nur rechtchaffenen Arbeitern auf der Scholle Sympathie schenken, die Landhändler dagegen sollte sie mit dem schärfsten Kritizismus behandeln und nicht zulassen, daß deren Arbeit unsere heimischen Fluren mit Unkraut durchseze.

Aus Nr. 16 der Gazeta Polska (Kösten)
vom 16. September 1911:

In Sachen der Bürgermeisterwahl in Dolzig

erhielten wir verschiedene Schreiben, welche die Abstimmung der drei polnischen Stadtverordneten zu

Gunsten eines anderen Kandidaten zu erklären suchen. Wir werden in dieser Angelegenheit nichts mehr veröffentlicht, denn dies würde an der vollzogenen Tatsache nichts ändern.

Unser Grundsatz muß in der heutigen Zeit sein, daß, wo es sich um die Wahl eines Polen und eines Deutschen handelt, der Pole seine Stimme stets dem Polen geben muß, selbst wenn dieser Pole nicht beliebt wäre oder andere Gründe gegen ihn sprächen. Es fällt manchmal schwer, gegen seine eigene Überzeugung die Stimme abzugeben, aber dies fordert die Sache der Allgemeinheit. Bei uns in Kösten sahen wir während der Stadtverordnetenwahlen wiederholt, daß Polen ihre Stimme ihrem größten Gegner gaben — und mit vollem Recht. Denn wo Polen und Deutsche stimmen, dort gibt es keinen anderen Ausweg, dort steht der Pole auf der polnischen Seite. So sollte es überall sein. Täuschen wir uns nicht, daß der Deutsche besser sein wird, denn er kann in den heutigen Zeiten nicht anders handeln. Jeder Beamte, ob Pole oder Deutscher, muß heute nach der Musik von oben tanzen. Es ist dies ein System, das auf den Charakter des Menschen geradezu demoralisierend einwirkt, aber wir können dies augenblicklich nicht ändern.

Berzehen wir uns in die Zeiten Leszczyński und der Sachsenkönige. Was hat diese Zerspaltung der Nation bewirkt? Hätte Leszczyński solche Verwüstungen im Lande zugelassen, wie sie zur Zeit der Sachsenkönige geschehen?

Laßt uns auch heute unbedingt an diesem Grundsatz festhalten, daß der Landsmann besser ist — als der Fremde.

Aus Nr. 213 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 19. September 1911:

Die Eduardsinsel in Santomischel bedroht?

Den bekannten polnischen Ausflugsort, die Eduardsinsel bei Santomischel, hatte J. B. der Fleischermeister Herr Skiera in Posen erworben. Wie man uns mitteilt, verhandelt Herr Skiera gegenwärtig mit dem von den Vorgängen in der Schützengilde her bekannten Bürgermeister von Schrimm und mit anderen Deutschen wegen des Verkaufs der Eduardsinsel. Der Verkauf soll angeblich bald zustande kommen. Wir fragen Herrn Skiera, ob er diese Mitteilung nicht bestreiten wird.

Aus Nr. 215 des Lech (Gnesen)
vom 20. September 1911:

Die Sokolvereine und die Geistlichkeit.

Vor kurzer Zeit referierten wir über einen Artikel im Posener Tageblatt „Die Sokolvereine und die polnische Geistlichkeit“, in welchem auch von der Teilnahme des Prälaten Łukomski an dem Sokoltage in Roßmin die Rede war.

Jetzt hat Herr Prälat Łukomski dem Posener Tageblatt nachstehende Berichtigung übersandt, die wir wegen mancher in ihr enthaltenen sehr interessanten Anschauungen bringen.

„Es ist unwahr — schreibt Prälat Łukomski — daß ich in meiner Ansprache gesagt habe: Ein Hort der Kirche könne nur eine starke Nation sein usw. Ich habe die Gelegenheit, daß die Teilnehmer am Feste zum Gottesdienste erschienen waren, wahrgenommen, um mich an sie mit der Aufforderung zu wenden, unter Beiseitlassung aller nationalen Phantastereien ihr Augenmerk vorzüglich auf die Pflege der

körperlichen Gesundheit, sowie christlicher und bürgerlicher Tugenden zu richten, da ihre Pflege gegenüber dem heutigen Defadentismus geboten sei.

Im Zusammenhang hiermit habe ich auch die Bemerkung gemacht, daß, soweit die Sokolvereine die physische und moralische Erziehung im Auge haben, sie mit den Aufgaben der Kirche im Einklang stehen.

Es ist unwahr, daß ich die Fahne geweiht habe, die, wie ich erfahre, bereits vorher vom Gauvorsitzenden übergeben worden ist. Auf das an mich gerichtete Eruchen um kirchliche Einweihung habe ich eine ablehnende Antwort erteilt.

Schließlich bemerke ich, daß der Koschminer Verein, soviel mir bekannt ist, sich mit Politik nicht befaßt und ihm jeglicher nationaler Chauvinismus fernliegt.

Das schreibt der Prälat Lukomski. Ehre wird ihm seine Antwort sicherlich nicht bringen. Die Anforderung an die Sokols, allen nationalen Phantastereien zu entsagen spricht treffend dafür, daß Prälat Lukomski keine höheren Ideale besitzt. Eine sehr merkwürdige Anschauung hat Prälat Lukomski auch zum Ausdruck gebracht, als er behauptete, daß die Sokolvereine nur soweit mit den Grundsätzen der Kirche im Einklang stehen, als sie die körperliche und moralische Erziehung bezwecken. Vertragen sich denn die nationalen Bestrebungen nicht mit den Grundsätzen der katholischen Kirche? Man vergewissert sich doch immer, daß die Kirche nationalen Bestrebungen niemals im Wege gestanden hat! Sollte der Prälat Lukomski dies nicht gewußt haben? Es scheint, daß der Prälat Lukomski überhaupt vor jeder nationalen Bewegung große Furcht hat. Die Sokolstandarte wollte er nicht weihen, und von den Koschminern Sokols versichert er, daß sie sich nicht mit Politik befassen.

Es haben also einige giftige Bemerkungen der katatistischen Zeitung genügt, dem Prälaten Lukomski eine derartige Angst einzujagen, daß er die Sokolvereine und alle ihre Angelegenheiten öffentlich ablenget.

Welch' eine Kleinmütigkeit!

Aus Nr. 216 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 20. September 1911:

Propst Lukomski

aus Koschmin rechtfertigt sich im Posener Tageblatt, daß er die Standarte des dortigen Sokolvereins nicht geweiht und die ihm zugeschriebenen Worte nicht gesprochen habe. Die Entschuldigung des katholischen Priesters gegenüber den lutherischen Katatisten war so nötig wie der Finger in der Nase.

Aus Nr. 215 des Lech (Gnesen)
vom 20. September 1911:

Die Verfolgung der Sokolvereine durch die Polizei.

Die Polizei ist auf jede Art bemüht, unseren Sokolvereinen das Leben schwer zu machen. Der letzte Gantag in Mogilno bot ihr hierzu sogar zweifach Gelegenheit. Zunächst belegte man alle jene, die während des gemeinsamen Mittagessens einen Trinkspruch ausgebracht hatten, mit einer Geldstrafe von 30 Mark, „weil sie in einer der Polizei nicht angemeldeten Versammlung polnische Reden gehalten hatten“. Dann übersandte man den Mitgliedern des Gauvorstandes deshalb Strafmandate, weil gelegentlich des Gantages auch Aufführungen von Schülern, d. h. Personen unter 18 Jahren, stattgefunden hatten.

In Tremessen überbandte die Polizei allen Vorstandsmitgliedern des Sokolvereins Strafmandate weil an den Turnübungen der noch nicht 18 Jahre alte Bruder des Vorsitzenden teilgenommen hatte.

Die Angelegenheit der Beteiligung von Schülern an den Sokolvorführungen wird der Gauvorstand gegebenen Falls durch alle Instanzen durchführen, um in dieser Hinsicht ein höchstinstanzliches Urteil zu erzielen. Man braucht nicht bemerken, daß das Verhalten der Polizei in dieser Angelegenheit ungesetzlich ist. Der § 17 des R. V. G. sagt nämlich ausdrücklich, daß an geselligen Veranstaltungen politischer Vereine auch Personen unter 18 Jahren teilnehmen können.

Diesen Paragraphen müßte in erster Linie die Polizei kennen und sicherlich würde sie dann den Bürgern verschiedene Schikane und Unannehmlichkeiten ersparen.

Aus Nr. 213 des Lech (Gnesen)
vom 17. September 1911:

In Sachen der Turnhalle des Sokolvereins in Mogilno.

Der Vorstand des Sokolvereins in Mogilno hat an die polnischen Zeitungen einen Aufruf gesandt, in welchem er dazu auffordert, für die Turnhalle des Sokolvereins Gaben zu spenden. Diesen Aufruf haben wir nicht veröffentlicht, weil unsere Haltung in dieser Angelegenheit einen ablehnenden ist und zwar aus folgenden Gründen:

Der Sokolverein in Mogilno will sich eine Turnhalle in Form eines Schuppens erbauen, oder mit andern Worten gesagt, eine solche Turnhalle wird nur während der warmen Jahreszeit gebraucht werden können, nicht aber im Winter. In der wärmeren Jahreszeit ist aber ein derartiger Schuppen überflüssig, weil man in der frischen Luft turnen kann, ja sogar muß. Wenn die Polizei in Mogilno den Sokols verwehrt, im Freien zu turnen, so ist dies noch durchaus kein Grund, mit diesem Turnen aufzuhören. Die Polizei hat absolut kein Recht, ein solches Verbot zu erlassen, und die Pflicht des Sokolvereins ist es, sich zu bemühen, daß dieses ungesetzliche Verbot aufgehoben wird. Auf diese Art wird das Turnen im Freien stattfinden können und der Schuppen wird überflüssig sein. Wenn es sich nun um das Turnen im Winter handelt, so ist so viel wir wissen, in Mogilno der Bau eines „polnischen Hauses“ in Aussicht genommen. Der Sokolverein hat nun die Pflicht, dafür zu sorgen, daß in dem zukünftigen „polnischen Hause“ für ihn geeignete Räume vorhanden sind, worauf er volles Anrecht hat. Wir sind der Ansicht, daß unsere Ausführungen allgemeine Anerkennung finden werden. Es kommt uns darauf an, daß wir einerseits uns nicht unsere Rechte verkümmern lassen, sei es von seiten der Polizei oder von seiten anderer Personen; es kommt uns andererseits auch darauf an, daß wir nicht halbe Sachen schaffen, die ihren Zweck völlig verfehlen würden. Möge also der Mogilnoer Sokolverein die Sachlage nochmals gehörig prüfen und er wird sicherlich unseren Ausführungen, die von ehrlichem Wohlwollen ihm gegenüber diktiert sind, recht geben.

Aus Nr. 210 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 15. September 1911:

Aufruf!

Landsleute, Kameraden in allen aufrichtig nationalen Vereinen in der Heimat, in der Fremde und im Aus-

lande, an Euch, Brüder, wenden wir uns, vertrauend auf die bekannte Opferwilligkeit der polnischen Volksgemeinschaft: Kommt uns zu Hilfe, denn unsere Kameradenschar ist jetzt ohne Heim. Der Mogilnoer Sokol hat nach Jahren des Schlags und der Trägheit auf dem letzten Gantage am 6. August 1911 gezeigt, daß er zu neuer Arbeit an der Wiedergeburt erwacht ist.

Den Mai, Juni und Juli hindurch hatte uns unser ehrenwerte Kamerad J. eine Wiese hergegeben, auf welcher wir turnen konnten; doch hat die Behörde uns auch diese spärliche Freistätte, die dem Wohle unsrer bereitwilligen, wackeren Kameraden diente, verboten, da das unter freiem Himmel nicht statthaft sei. Wir haben keinen Turnraum, kein noch so bescheidenes Lokal, und es sind keine Aussichten dafür vorhanden, im Winter sei es auch nur Freiübungen abzuhalten. Wir sind in einer furchtbaren Lage, obwohl unser Verein 70 Mitglieder, darunter über 40 aktive, zählt und vor kurzem eine weibliche Abteilung geschaffen worden ist. In Erwägung dessen haben wir keinen andern Ausweg, als Euch Wohltäter, sei es auch um ganz kleine Gaben zu bitten. Viel Wenig machen ein Viel! Zum Frühjahr wollen wir uns eine Turnhalle bauen, wenn auch nur eine bescheidene, denn bei uns ist der Geist stark. Was Ihr uns heut im Bedarfsfalle geben werdet, das werden wir Euch wiedergeben, wenn wir erstarkt sein werden und Ihr uns in Eurer Not anrufen solltet.

Um Spenden werden die Wohltäter aus Galizien, dem Königreich Polen, Amerika, alle Sokolvereine, sowie die ehrenwerten Wohltäter geistlichen Berufs gebeten, daß sie geruhen möchten, solche unter der Adresse Volksbank Mogilno, Provinz Posen, einzusenden.

Quittieren werden wir im Organ Sokol in Posen bzw. im Przewodnik gimnastyczny in Lemberg.

Alle Heil!

Der Vorstand des Sokolvereins Mogilno.

Felix Jarecki, Maximilian Bosiacki,
Vorstandender. Schriftführer.

Aus Nr. 37 des Robotnik (Posen)

vom 17. September 1911:

Unter der Spitzmarke „Derne Religion“ schreibt der Robotnik u. a. folgendes:

In den preussischen Schulen wird Religionsunterricht erteilt. Ist er aber so, um eine tiefe Auffassung vom Glauben zu erzielen, damit dieser Glaube tief hineindringen könnte in den Verstand und in das Herz des Menschen? Ohne Zweifel — nein! Die Religion wird ja in fremder Sprache gelehrt, die dem Kinde gar nicht oder doch nur ungenügend bekannt ist. Das Kind wiederholt deshalb nur das, was der Lehrer sagt, es versteht es aber nicht. Wir ersehen aus Beispielen, daß die Jugend verwildert, daß sie manchmal nur durch die Angst vor dem Stocke und der Strafe von Überschreitungen zurückgehalten wird. Das müssen unsere Augen sehen; ein solches Verhältnis muß die Seele trübe stimmen, es muß die Gesamtheit in bange Sorgen um die Zukunft setzen, denn wie die Jugend, so ist auch die Volksgesamtheit. Hören wir die Klagen der Mütter und Väter an, sehen wir die Statistik der Anklagen des Staatsanwalts wegen Diebstahls, Schlägerei an, blicken wir in die Besserungsanstalten — und wir werden uns überzeugen, daß die in der Schule erworbene religiöse Bildung kläglich ist, daß wir entschieden einer weiteren Bildung in religiösen Dingen bedürfen. Mit anderen Worten: es besteht die Notwendigkeit, den polnischen Arbeiter religiös zu erziehen.

Aus Nr. 37 des Robotnik (Posen)

vom 17. September 1911:

Die Macht der Arbeit und Sparsamkeit.

Wenn wir unsere Städte, Städtchen und Dörfer durchwandern, sehen wir heute schon häufig an den Häusern Schilder mit der Aufschrift: „Bank Ludowy“ (Volksbank), „Kasa Pozytykowa“ (Spartasse), „Kosmit“ (landwirtschaftlicher Einkaufs- und Absatzverein), „Spółka Ziemska“ (Landwirtschaftliche Genossenschaft) usw.

Und wenn wir in das Haus mit einer derartigen Aufschrift eintreten, dann sehen wir, wie in einem Geschäft, einen großen Tisch und mehrere Beamten und gewöhnlich mehrere Leute, die Geld abheben oder solches einzahlen.

Jeder von uns weiß, daß das unsere polnischen Banken sind, in die wir unser erspartes Geld einzahlen und einzahlen sollten.

Solcher Banken besitzen wir gegenwärtig, Gott sei Dank, schon sehr viele. Alle diese Banken sind, ebenso wie unsere Arbeitervereine, zu einem großen mächtigen Verbands vereinigt, der unter dem Namen „Verbandsbank der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften“ bekannt ist.

Wir haben über diese Sache schon manchmal geschrieben, zum letzten Male aus Anlaß des Todes des großen Patrons der Genossenschaften, des Prälaten Wawrzyniak.

Heute erinnern wir unsere Leser wieder an diesen Verband, denn in diesen Tagen wurde der Geschäftsbericht über die Tätigkeit des letzten Jahres herausgegeben. Es ist dies ein großes und mächtiges Buch, das sehr wichtige und belehrende Zahlen enthält. Zur eigenen Belehrung führen wir aus jenem Buche eine Anzahl der wichtigsten Ziffern an, die des Ansehens wert sind. (Es folgen Angaben über die Arten der polnischen Banken, ihre Zahl und die in ihnen befindlichen polnischen Gelder).

War es denn nicht wert, belehrende Zahlen aus jenen Rechenschaftsberichten anzuführen? Das ist doch eine Macht, dieses Geld — wird man, einer sagen. Und er hat vollständig recht.

Der letzte Rechenschaftsbericht flößt uns Mut ins Herz. So leben wir doch noch, wir verstehen noch zu wirtschaften, wenn es das polnische Volk, hauptsächlich die Arbeiter, Wirte und Handwerker, verstanden haben, zu sparen. Im Jahre 1910 sind allein zu diesen Spargroschen über 21 Millionen Mark hinzugekommen.

Mögen diese Zahlen für uns ein Ansporn zu weiterer Arbeit, zur ständigen Sparsamkeit sein.

So hat sich denn schon ein ansehnliches Maß von Geld angesammelt. Gebe Gott, daß es noch größer wird, denn das ist doch unser Reichtum — ein Zeichen für unsere Wirtschaftlichkeit.

Aus Nr. 94 des Swit (Pleschen)

vom September 1911:

Auf Veranlassung des polnischen Enthaltensamkeitsvereins in Rattowitz fand am 3. d. Mts. in Beuthen eine öffentliche Versammlung statt, aus der unter anderem im Swit folgendes berichtet wird:

Zum Schlusse regte der Vorsitzende alle diejenigen zum Eintritt in die Reihen des Enthaltensamkeitsvereins an, die danach streben, unsere Landsleute von der Trunksucht und der Knechtschaft des Alkohols zu befreien, damit man sich durch diese Bewegung wenn auch nur zu einem Teile unserer unglücklichen Vaterlande dienstbar erweisen könnte. Er wandte sich fernerhin an diejenigen, die Enthaltensamkeitsvereinen nicht beitreten wollen, mit der Bitte, andere zum

Trinken nicht zu zwingen und diejenigen nicht zu schikanieren, die alkoholische Getränke nicht genießen wollen. Um 9 Uhr schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Abstinenzlerlosung

„Die Zukunft gehört uns“.

Aus Nr. 38 des Przemyslawiec (Posen)
vom 17. September 1911:

Die Handwerkerfrage und die Reichstagswahlen.

In Sachen der Reichstagswahlen erhielten wir aus den Kreisen der Handwerker einen Artikel, welchen wir ungekürzt veröffentlichten, weil es für die Redaktion des Przemyslawiec eine sehr erwünschte Sache ist, daß die Handwerker öfters in ihm das Wort ergreifen; der Przemyslawiec ist doch ihr offizielles Blatt.

Der Verfasser des Artikels ist entschieden dafür, daß in der polnischen Fraktion ein Handwerker vertreten sein soll, indem er von dem richtigen Grundsatz ausgeht, daß der Handwerker sich mehr mit Sachen des Handwerks befassen wird, als der durch die Handwerker informierte Abgeordnete.

Denken wir erst über die Aufgabe eines Abgeordneten-Handwerkers, näher nach.

Wir müssen hier zunächst die Arbeit unserer Abgeordneten auf dem nationalen und sozialen Gebiete unterscheiden.

Wir wissen, daß die Verteidigung der Nation eine ideale Bedeutung hat. Die Regierung rechnet ja wenig mit den Reden der Abgeordneten, aber etwas muß sie doch damit rechnen. Wir wissen alle davon, was die Reden unserer Abgeordneten für einen starken Widerhall in dem polnischen Volke gefunden haben. Diese Reden hatten bedeutende nationale Beweggründe und wir haben ihnen unzweifelhaft viel zu verdanken.

Wir dürfen darauf niemals resignieren, daß uns auf dem parlamentarischen Tribunal, auf welches ganz Europa schaut, die geistig ausgezeichnetsten Leute verteidigen. — Es muß uns vielmehr daran gelegen sein, daß die Welt weiß, daß das polnische Volk ein zivilisiertes Volk ist, — das sind wir unserer großen Vergangenheit schuldig.

Wir haben von den wirklich geistig ausgezeichneten Abgeordneten ideale Vorteile, wir können aber auch materielle Vorteile von ihnen haben, wenn es sich um verschiedene Geseze und um Steuern, welche die Volksgesamtheit betreffen, handelt.

Wir schreiben dieses, damit die Handwerker wissen, daß man in nationalem Interesse die Fähigkeiten und Erfahrungen der Intelligenz, soweit sich einzelne unter ihnen mit politischen Fähigkeiten befinden, ausnützen muß.

Man muß auch wissen, daß man in den Büchern über die Handwerkerfrage bis jetzt sehr wenig geschrieben hat, sodaß, wenn einer von den Abgeordneten — Nicht-handwerker — die Handwerkerfrage kennen lernen wollte, sich nicht nur aus den Büchern, sondern auch aus den Jahresberichten der Handwerker, sowie auch bei den einzelnen Handwerksgruppen informieren müßte. Es ist klar, daß der intelligente Handwerker dieses leichter auffassen kann und sich schneller in die Situation hineinfindet.

Wichtig ist es auch, zu wissen, daß die Handwerker keine Gegner unter den einflußreichen Parteien haben.

Ferner muß man wissen, daß es den einflußreichen Parteien um die Sympathie der Handwerker geht. Es handelt sich also darum, daß den Parteien

eine kompetente Person, wie sie der Handwerker ist, die Informationen erteilen soll.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Abgeordnete, Handwerker, am leichtesten Gehör bei allen finden würde. Für die Notwendigkeit der Wahl eines Abgeordneten-Handwerkers, spricht auch der Umstand, daß die Handwerker zu einem solchen Abgeordneten mehr Vertrauen haben werden und er von ihnen öfters nützliche Informationen erhalten wird, und als Handwerker wird er ihren Wert abschätzen können.

Die Handwerkerfrage ist heute die Frage der Zeit. Wenn unsere Gesamtheit ins Parlament einen Handwerker schickt, dann beweist sie es, daß sie das Bedürfnis dazu fühlt.

Es unterliegt einem Zweifel, daß ein Abgeordneter, Handwerker, als Vertreter des Handwerks im allgemeinen sogar bei der Regierung ein gewisses Ansehen hätte.

Der Abgeordnete-Handwerker, würde sich in der Lage befinden, sich nicht durch Redekunst hervorzutun, sondern nur sachlich zu reden und hauptsächlich in den Kommissionen zu arbeiten.

Das sind ausreichende Argumente für diejenigen, welche vernunftgemäße Argumente wünschen und denen vernunftgemäße Argumente ausreichen, um sich für etwas zu entscheiden. Daß die Wahl eines solchen Abgeordneten irgendwie schädlich sein könnte, darüber braucht man wirklich nicht zu sprechen.

Es handelt sich nur darum, ob wir unter unseren Handwerkern Leute mit entsprechenden Qualifikationen haben. Wir haben, wenn auch vielleicht nicht viel solcher Leute, welche ihre Aufgabe sehr ernst auffassen werden und die in der polnischen Fraktion sicherlich nicht die letzte Stelle einnehmen würden.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 109 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 12. September 1911:

Früchte der preußischen Schule.

Daß die preußische Schule in unseren Landesteilen hauptsächlich dazu dient, den polnischen Kindern das Deutschtum einzupflanzen, das wissen alle recht gut. Darum ist es auch kein Wunder, daß die Kinder nur plappern und nicht verstehen, was sie reden. Wir haben schon öfter interessante Beispiele der germanisatorischen Tätigkeit der preußischen Schule angeführt, und daß es solcher Beispiele in Hülle und Fülle gibt, beweist in beredter Weise nachstehender Brief:

„Miserau, den 8. 3. 1911.

Lieber Bruder.

Dein Postkarte hab ich erhalten. zu erst Grüße ich mit den Worten Gelop sie Jesus Krüstus Lieber Bruder hastu bejer in denn Schlafhause als Beiden Vater wen du Winüger hast da werde ich ein Stid Buter Schäfen. Jest melken wir 2 Kühen die Alte nad die Ju-nge. Wen du Braust ein Stid Buter da schzeibe mir gleich ob da werderich dir Schücken. Aber der Vater muß das nicht wiesen. Die Mutter lest dir schünu grüßen das du Büse auf inen würst. Denn du schreibest nicht den Mutter. Aber Lieber Bruder wäst schreibstu das du zu Miseraa, nachase nicht kom-st. Wdn du zu Miserau, nicht konnst da lübe dir nicht obt du Mien Bruder ist Amen.

Es grüßt dücht alle zu Hause

Franziska.“

Der obige Brief ist der beste Beweis von der segensreichen Tätigkeit der preußischen Schule. Fräulein Franziska hat trotz achtjährigen Schulunterrichts nicht deutsch gelernt, aber trotzdem schreibt sie in dieser Sprache an ihren Bruder. Sicher haben ihre Eltern sie nicht polnisch schreiben und lesen gelehrt. Es ist die höchste Zeit, daß wir verstehen, daß die wichtigste Pflicht der Eltern ist: die Kinder polnisch schreiben und lesen zu lehren.

Aus Nr. 111 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 16. September 1911:

Schande dem Auswurf der Nation.

Es könnte scheinen, daß angesichts unseres schweren Ungemachs und der einmütigen öffentlichen Meinung, welche alle diejenigen als Verschacherer brandmarkt und verurteilt, die den vaterländischen Grund und Boden in die Hände der Feinde spielen, niemand, der als Pole gelten will, diese Übertretung gegen die nationale Hauptpflicht mehr begehen würde.

Leider ist es dem aber nicht so, da sowohl bei uns in Westpreußen wie in Posen wiederum einige größere polnische Besitztümer verschachert worden sind. Also die Zahl der Verschacherer, dieser Vaterlandsverräter, hat sich wiederum vergrößert.

Die Verschacherer entschuldigen sich gewöhnlich auf die verschiedenste Art und Weise, am meisten mit ihrer schwierigen Lage. Die polnische Volksgemeinschaft kann ihre Entschuldigungen nicht anerkennen. Es handelt sich hier doch um die Hauptgrundlage unserer nationalen Existenz, da, wie unser Sprichwort sagt: „Soviel Polen ist — wie Land ist!“ Diejenigen, die heute den Grund und Boden in leichtsinniger Weise an die Ansiedlungskommission, an Deutsche, Juden oder unsichere, also an solche Polen verkaufen, die nachher den erworbenen Grund und Boden verschachern, sind und bleiben für uns immer Verräter der Nation. Für sie gibt es nicht einmal mildernde Umstände.

Es ist eine traurige Sache für uns, daß auch heute noch, wo uns die Feinde um jeden Preis vernichten wollen, es in unserer Volksgemeinschaft nicht an Leuten fehlt, welche die materielle, die Geldsache, über alle anderen Sachen stellen. Es ist sehr gut und lobenswert, daß wir reicher werden, daß auch unsere wirtschaftliche Kraft wächst, aber wir dürfen uns nur ausschließlich auf anständige und ehrliche Weise bereichern. Jede Bereicherung von Einzelpersonen zum Schaden der Ganzheit der Nation als solcher muß auf's Entschiedenste verurteilt werden.

Daß das Verschacherertum noch immer unter uns herrscht, beweist, daß wir keine gesunde und aufrichtige öffentliche Meinung haben. Die Verschacherer, Agenten und gewissenlose Händler, machen sich unter uns breit, und anstatt daß wir ihnen Verachtung bezeigen, verkehren wir mit ihnen und behandeln sie ebenso wie andere Mitglieder der Volksgesamtheit, ja, wir vertrauen ihnen sogar noch Ehrenämter an. Muß angesichts dessen das Verschacherertum nicht weiter blühen? Wozu braucht uns die Regierung zu enteignen, wenn wir uns selbst enteignen? Wir haben zu Anfang des Artikels gesagt, daß die Volksgemeinschaft das Verschacherertum verurteilt. Ja, sie verurteilt es! Aber weiter nichts! Und sie spotten über die Zeitungen und über die öffentliche Meinung. Wir müssen durch die Tat beweisen, daß wir das Verschacherertum, sei es seitens des Adels oder seitens des Bauernstandes verurteilen! Das ist die wichtigste Sache!

Manche sagen, sie hätten nicht die geringste Ahnung davon gehabt, daß derjenige, dem sie das Besitztum

verkauft haben, es nur zu dem Zwecke gekauft habe, um es an Fremde weiter zu verkaufen. Eine solche Entschuldigung ist geradezu lächerlich und beweist nichts. Es handelt sich gerade darum, daß der Verkäufer eine Ahnung davon hat, wem er seinen Grund und Boden verkauft. Wir haben doch traurige Erfahrungen in dieser Beziehung gemacht und deshalb muß der Verkäufer die größte Vorsicht üben und über den Käufer die genauesten Erkundigungen einziehen. Wenn jemand seinen Grund und Boden einer unsicheren Person verkauft, dann ist er für das Verschacherertum der Volksgemeinschaft gegenüber verantwortlich und nichts kann ihn in dieser Beziehung entschuldigen.

Wie die Verschacherer müssen wir auch die Kolonisations-Agenten als Verräter der Nation und des Vaterlandes rücksichtslos verurteilen. Wer heute einem Fremden Land verkauft, der schädigt die Kirche und das Vaterland. Solche Leute müssen wir wie die Pest meiden. Schande den Verschacherern, dreimal Schande denjenigen, die die wichtigste nationale Pflicht verletzen: das Vaterland nicht zu schmälern!

Aus Nr. 12 des Śmiech

vom 15. September 1911:

Humoristische Beilage zu Nr. 112 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)

vom 19. September 1911:

Unter einem Bilde, das den **Posener Rathaussturm** darstellt, an dessen Spitze an Stelle des Adlers ein **Schuhmann mit gezogenem Säbel** — an Stricken befestigt — angebracht ist, befindet sich folgende Unterschrift:

Wie bekannt, ist während der Erneuerung des alten Posener Rathauses der historische polnische Adler entfernt worden. Manche deutsche Schmiefinken behaupten gegenwärtig, daß der weiße Adler auf dem Rathaus nicht wieder angebracht werden dürfe, da er den gegenwärtigen Verhältnissen in Preußen nicht entspricht. Wir sind auch der Meinung, daß das vorgeschlagene Projekt (gemeint ist die oben beschriebene Abbildung) jedem Preußen am besten gefallen würde, und außerdem charakterisiert es am besten die Verhältnisse in Preußen, dessen größter Abgott der Polizist ist. Es lebe die preußische Kultur!

Aus Nr. 112 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)

vom 19. September 1911:

Unter der Überschrift:

„Warum zieht die deutsche Regierung die Erledigung der marokkanischen Angelegenheit so in die Länge“

schreibt die Gazeta Grudziadzka unter anderem:

Uns scheint es, daß es der deutschen Regierung daran liegt, mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Uns scheint es, daß die Regierung, die sich vor den bevorstehenden Wahlen sehr fürchtet, die marokkanische Frage als Schreckmittel benutzen wollte, um die Wahlen für sich mit Nutzen durchzuführen.

Die Verhandlungen und Schachereien, die heute schon mit Nutzen für Deutschland hätten beendet werden können, zieht die Regierung bis zum Oktober hinaus, wo sich der Reichstag wieder versammelt. Dann wird der Handel mit Frankreich angeblich immer gefährlicher werden. Die Lage wird sich anscheinend immer mehr zuspitzen! Die deutsche Regierung wird immer mehr

anfangen mit dem Säbel zu rasseln, die Kriegsgefahr wird immer drohender werden — die Regierung wird dann den Reichstag auflösen und die Wahlen werden unter der Losung stattfinden: Das deutsche Vaterland ist in Gefahr! Dann werden die Wahlen im Sinne der Regierung ausfallen, und es werden weniger Sozialdemokraten und überhaupt der Regierung abgeneigte Abgeordnete durchkommen — na, und dann wird die Kriegsgefahr verschwinden — und es werden Friedenslieder erschallen.

Und dann wird die deutsche Regierung den Zwist mit Frankreich sehr schnell und leicht erledigen.

Man kann also erwarten, daß der Reichstag, der sich am 18. Oktober wiederum versammeln wird, nicht lange tagen wird. Und in diesem Falle werden die Wahlen noch vor Neujahr, vor Weihnachten stattfinden — also schon im nächsten Vierteljahr! Uns scheint es, daß man mit einer Auflösung des Reichstages und mit den Wahlen im kommenden Vierteljahr sicher rechnen kann. Aus diesem Grunde müssen wir mit der Wahlagitatio schon energisch beginnen, damit der Wahlkampf mit einem siegreichen Kampfe für uns endet und wir der preußischen Regierung mit einem großen Stimmenzuwachs in die Augen springen könnten. Dazu ist aber durchaus erforderlich, daß sich in jedem polnischen Hause ein polnisches Blatt befindet. Möge es daher jeder von euch, liebe Brüder, als seine nationale Pflicht erachten, dort, wo noch kein polnisches Blatt vorhanden ist, unser Blatt einzunisten.

Tuet das mit Rücksicht auf die Wahlen, denn nur dann werden wir an den Wahlen eine Freude haben.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 212 des Kurjer Śląski (Zabrze)
vom 15. September 1911:

Die politische Lage im Wahlkreis Kreuzburg—Rosenberg.

Die von uns im Wahlkreis Kreuzburg—Rosenberg in Angriff genommene politische Tätigkeit ruft in den deutschen Kreisen Bewunderung und Achtung hervor. Alle deutschen Zeitungen lassen sich über unsere Arbeit mit Anerkennung und Bewunderung aus, die sogar uns feindliche Blätter durchblicken lassen. Der Deutschen im Wahlkreis Kreuzburg—Rosenberg hat sich einfach eine Panik bemächtigt. Sie wenden alle unwürdigen Mittel an, um uns die Arbeit zu erschweren. Wegen der Maul- und Klauenseuche verbieten sie gesetzwidrig Versammlungen, die Amtsvorsteher wirken auf die Wirte ein, daß sie ihre Felder zur Abhaltung von Versammlungen versagen sollen, die Lehrer tun dasselbe, und die Gendarmen wetteifern mit ihnen in dieser gesetzwidrigen Arbeit. Leider bekämpfen auch manche Geistliche zusammen mit den weltlichen Behörden und Haktisten die polnische Aufklärungsarbeit und mißbrauchen sogar die Kanzel. Als z. B. Pfarrer Nacon in Zdzichowiz erfuhr, daß in seiner Pfarochie eine Versammlung stattfinden sollte, verbot er von der Kanzel den Leuten den Besuch der Versammlung und sagte, wer in die Versammlung gehen werde, sei ärger als ein Pharisäer. An manchen Orten reden die Lehrer dem Volke ein, wir seien Sozialdemokraten und Feinde der Kirche. In verschiedenen Gemeinden aber macht man den Leuten Angst, daß die Regierung, wenn bei ihnen eine Versammlung stattfinden sollte, ihnen zum Bau und zur Unterhaltung der Schulen keine Beihilfe gewährt werden, und sie infolgedessen höhere Gemeindesteuern werden zahlen müssen. Wir denken, daß sich das

polnische Volk durch diese haktistischen Machinationen nicht betören lassen und die über uns verbreiteten Verleumdungen nicht glauben wird.

Versloffenen Dienstag fand in Rosenberg die Einweihung des Lokals des neuen Volksblattes Prawda statt, welches wir vom 1. Oktober ab herausgeben werden. Zu dieser Feier hatten sich viele Volksgenossen mit ihren Frauen aus dem ganzen Kreise eingefunden. Von der Intelligenz waren erschienen der Abg. Korfanty, Herr Laszkowski, Gutsbesitzer aus Rosenberg, Herr Dr. Grabski, Besitzer von Koselwitz, und der Abg. Pfarrer Bajda, der sich leider verspätete. Die Weihe vollzog Pfarrer Kucza aus Wysoka und hielt eine entsprechende Ansprache. Von unserem Verlage hielt der Abg. Korfanty an die Versammelten eine Ansprache, in welcher er den Zweck und die Aufgabe des neu geschaffenen polnischen Vorpostens darlegte. Das Volk im Kreise Rosenberg ist für die Hilfe und Arbeit, die wir ihm bringen, äußerst dankbar. Das neue Werk in Rosenberg haben wir mit Gott begonnen, und darum wird mit seiner Hilfe unsere Sache dort den Sieg davontreiben.

Indes bemächtigt sich der Zentrumsleute der größte Schrecken, als ob es sich dort um ihr Mandat handelte. Unlängst schrieb die Schles. Volksztg., der Kompromißkandidat des Zentrums und der Konservativen sei der Konservative von Wądroz, und sie ließ sich darüber aus, als ob diese Angelegenheit endgültig erledigt wäre. Wenn wir uns mit der Person des Herrn Wądroz befassen und die politischen und religiösen Anschauungen dieses Herrn beleuchten wollten, würden die Zentrumsleute sehr erschrecken. Und in der Schles. Volksztg. tritt und beschwört man geradezu die Konservativen, einen anderen Kandidaten aufzustellen. Das Zentrumsblatt teilt mit, daß die Konservativen auf Grund des Kompromisses das Recht haben, den Kandidaten zu präsentieren, die Zentrumsleute aber können diesen Kandidaten ablehnen, wenn Tatsachen davon zeugen, daß der konservative Kandidat die katholischen Interessen nicht unterstützen werde. Herr Wądroz unterstützt nicht nur die katholischen Interessen nicht, sondern er schädigt sie sogar, da er seine katholische Frau zum Protestantismus „bekehrt“ hat. Nachdem wir dies veröffentlicht haben, schreiben die Zentrumsleute sofort, daß sie der Kandidatur Wądroz nicht zustimmen und ihn für einen geeigneten Kandidaten nicht halten. Schon vor einem Vierteljahr machten die Zentrumsleute die Konservativen auf die Ungeeignetheit der Kandidatur Wądroz aufmerksam, aber diese haben ihnen bis jetzt keine Antwort erteilt. Die Schles. Volksztg. drückt die Befürchtung aus, daß der Wahlkreis bei Aufrechterhaltung der Kandidatur Wądroz eingebüßt werden wird.

Die Zentrumsleute täten besser, wenn sie alle Bemühungen aufgeben würden, dieses Mandat den Konservativen zu erhalten, denn ob der Kandidat Wądroz oder ein anderer sein wird, einen Sieg wird er nicht davontreiben, weil das polnische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit den Polen wählen und der Wahlkreis Kreuzburg—Rosenberg bei den diesjährigen Wahlen den Polen zufallen wird. So ist die Stimmung unter dem Volke, und die Zentrumsleute sollten sich im Interesse der Kirche und des Friedens zwischen den Geistlichen und Parochianen der Wahl eines Polen nicht widersetzen. Die Zentrumsleute in diesem Wahlkreise sind Geistliche. Wir meinen, daß das konservative Mandat dieses Unfriedens nicht wert ist, der zwischen der Geistlichkeit und dem katholischen Volke entstehen wird, wenn ihm die Geistlichen ihren Willen werden aufdrängen wollen.

Aus Nr. 178 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 16. September 1911:

Ungefunde Erscheinungen.

Die polnischen Versöhner wollen ganz Polen erobern. Zu diesem Zwecke veranstalteten sie einen Überfall über die Nationaldemokratie in allen drei Teilgebieten. Im Königreich Polen verkündeten sie, die Nationaldemokratie sei zugrunde gegangen, denn Herr Roman Dmowski sei auf einer Straße in Warschau am hellen Tage verbleut worden. In Galizien wurde verkündet, die Nationaldemokratie sei bankrott geworden, dann der Patron der Versöhner, Statthalter Michael Bobrzynski, hat für seine Anhänger den ganzen Beamtenapparat organisiert und auf diese Weise einige nationaldemokratische Abgeordnetenandidaten zu Fall gebracht. Bei uns im preussischen Teilgebiet vergingen die Versöhner nach Entstehung der „national-völkischen Partei“ schier vor Freude.

Die Reichsratswahlen in Galizien und die Verbleuung des Herrn Dmowski auf den Straßen Warschaws beutete die Versöhnungspresse mit einer gewissen Wonne aus. Die Artikel mancher Blätter verrieten ganz unverhohlene Freude.

Als die Herren Versöhner, besonders bei uns in Schlesien beratshlagten, wie die Nationaldemokratie tot zu machen wäre, entdeckte eine der Hauptsäulen der Versöhnungspolitik in Posen, Dr. von Karwowski, daß die Freude verfrüht war, denn die Nationaldemokratie denkt nicht daran zu sterben. Er entdeckte, daß die Nationaldemokratie so stark ist, daß sie alle besser besoldeten Stellen in den Banken und Instituten der Volksgesamtheit mit „ihren“ Leuten besetzt.

Die „Entdeckungen“ des Herrn Dr. von Karwowski aus Posen trafen unsere schlesischen Versöhner, wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Schrien sie doch erst unlängst tagtäglich: „Tod den Nationaldemokraten“. Auf diese äußerst wichtige Nachricht hin vergaßen sie die Sprache und gaben die von Herrn K. beschriebenen Märchen nicht wieder. Statt dessen machten sie sich aus Angst an eine andere Arbeit heran. Sie gründeten Wahlvereine, die sie in Filialen der „Polnischen Partei“ umbilden wollen. Als Mitglieder nehmen sie nur „sichere“ Leute an. Sie veranstalten auch viele Versammlungen, in denen sie angeblich das Volk „aufklären“, während sie, wo sie nur können, diejenigen polnischen Kaufleute boykottieren, die mit ihrer Politik nicht einverstanden sind. Sie schieben sich als große Volksparteiler auf und leugnen mit aller Macht ihre Versöhnlichkeit, weil dies unpopulär ist.

Wer die Arbeit unserer Versöhnungspolitiker aus der Nähe beobachtet, dem muß unwillkürlich ihre Unaufrichtigkeit auffallen. Für versteckte Zwecke wollen sie die breiten Massen des Volks gewinnen. Deshalb reden sie dem Volke ein, daß sie keine Versöhner seien. Gleichzeitig suchen sie, heimlich alles auf ihre Seite zu ziehen. Die Organisation oder Gründung von Wahlvereinen oder anderen Vereinen zu Parteizwecken und die wirtschaftliche Boykottierung der politischen Gegner sind Dinge, die man nicht stillschweigend übergehen kann. Für eine solche Kampfesart fehlt es an Worten der Beurteilung.

Unsere polnische Kaufmannschaft ist in Schlesien sehr schwach, und sie entwickelt sich unter so schwierigen Verhältnissen, daß jeder polnische Kaufmann ohne Rücksicht auf seine parteipolitische Überzeugung unterstützt werden muß. Keine Partei, mithin auch nicht die Versöhnungspartei, hat ein Recht zu verlangen, daß jeder Kaufmann ihre Grundsätze unterstützen soll. Es dürfen auch nicht allgemein nationale Institute zu Parteizwecken geschaffen werden. Die Herabdrückung

solcher Institute auf die Parteistufe bedingt den Versöhnern keine Vorteile und schadet nur der allgemein nationalen Sache.

In Zabrze z. B. wurde ein Wahlverein gegründet, dessen Mitglieder beschlossen haben, diejenigen polnischen Kaufleute zu boykottieren, die nicht in das Horn der Beuthener Versöhner stoßen. Diese verderbliche Losung hat in Zabrze, Zaborze und Umgegend schon eine bedeutende Verbreitung gefunden. Der Redakteur unseres Blattes, Herr Felix Kasprzak, hat nach der Versammlung vom 3. d. Mts. in Zabrze eine Diskussion über dieses Thema mit verschiedenen Leuten geführt, die der Versammlung beigewohnt hatten und nach der Versammlung sich in ein Gespräch mit ihm einließen. Es ist dies eine Drohung, die unter der Adresse seiner politischen Gegner, polnischer Kaufleute und Beamten der Berufsvereinigung, der Abgeordnete Korsantj ausgesprochen hat und die die Herren Versöhner gegenwärtig in die Tat umzusetzen suchen.

Ein anderes charakteristisches Moment ist die Tatsache, daß der Vorsitzende des Wahlvereins in Zabrze und Mitglied des Kreiskomitees, gleichzeitig auch Mitarbeiter und Vertreter der Katolik- und Polak-Blätter Herr Piotrowski, in der Versammlung des Wahlvereins in Zabrze am 3. d. Mts. erklärte, er werde, wenn der Verein nicht in seinem Sinne vorgehen werde, austreten und einen anderen Verein gründen.

Eine solche Ausbeutung der Vereine und allgemein nationalen Angelegenheiten zu Parteizwecken kann der ganzen polnischen Sache unberechenbaren Schaden bereiten, und es wäre die höchste Zeit, daß die Herren Versöhner endlich verstehen wollten, daß die allgemeine polnische Sache über das Parteinteresse und über den persönlichen Ehrgeiz zu stellen ist. Nur dann besteht die Möglichkeit einer gegenseitigen Verständigung und Nachsicht sowie einer gemeinsamen Arbeit für die nationale Sache.

Aus Nr. 215 des Kurjer Śląski (Zabrze)
vom 18. September 1911:

Berichtigung.

Die „nationalliberalen“ Polen lassen sich in ihrem Blättchen wiederum eine ganze Reihe der gemeinsten Verleumdungen zuschulden kommen. In einen Streit wollen wir uns mit ihnen nicht einlassen.

Wir berichtigen nur nachfolgende unwahre Behauptungen:

1. Eine Verleumdung ist die Behauptung, daß wir in den von uns einberufenen Versammlungen zum Boykott derjenigen polnischen Kaufleute auffordern, die mit unserer Politik nicht einverstanden sind. Auch nicht in einer einzigen unserer Versammlungen wurde zum Boykott polnischer Kaufleute aufgefordert. Als Zeugen rufen wir die vielen Tausende von Menschen an, die sich an den Versammlungen beteiligt haben. Wahr ist dagegen, daß manche polnischen Kaufleute Leute, die ihre Geschäftsläden auffuchen, vom Lesen unserer Zeitungen abspenstig zu machen suchen, ein Kaufmann gab sogar einem Zentrumsblatte falsche Informationen über uns. Wenn wir diesen Kaufleuten Gleiches mit Gleichem vergelten wollten, was wir nie tun werden, dann erst würde ein Geschrei entstehen.

2. Eine Verleumdung ist die Behauptung, daß wir das polnische Volk zu versteckten Zwecken gewinnen wollen. Unsere Tätigkeit unterliegt der öffentlichen Kontrolle, wir haben keine geheimen politischen Pläne, **aber die Demokraten haben welche**, und sie sind es, die sich der öffentlichen Kontrolle entziehen.

3. Eine Verleumdung ist es, daß wir allgemeine nationale Organisationen zu persönlichen oder Parteizwecken mißbrauchen. Wahr dagegen ist es, daß die Demokraten nationale Institute zu persönlichen und Parteizwecken mißbrauchen. Ein Beweis hierfür ist das nichtswürdige Verhalten des Dr. Bialy in der Versammlung zu Rybnik und das Bestreben der Demokraten, das städtische Wahlkomitee in Kattowitz in ihre Gewalt zu bekommen. Den Delegierten Dr. Hyla sagten sie ab und wählten Dr. Seyda zu ihrem Delegierten. Erst infolge Dr. Hylas und unseres Einspruchs bei dem Provinzialkomitee zogen sie sich aus Furcht vor einem Skandal zurück. Und solche Leute haben die Dreistigkeit, Verleumdungen gegen uns zu schleudern, anstatt sich an die Arbeit zum Wohle des Volkes heranzumachen, anstatt einträchtig gegen die Feinde des polnischen Volks vorzugehen. Wir überlassen diese Handlungsweise dem Urteil aller ehrlichen Menschen.

Aus Nr. 180 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 17. September 1911:

Brief an die Redaktion.

Die geehrte Redaktion der Gazeta Ludowa ersuche ich, nachstehende Antwort auf den Artikel des Kurjer Slonski unter der Überschrift „Mißbrauch der Wahlkomitees zur Parteitagitation“ zu veröffentlichen.

Der Kurjer Slonski schreibt: „Wenn unsere Blätter die politische Tätigkeit des Herrn Dr. Bialy verurteilt haben usw.“: So behaupte ich gerade, daß sie mich ohne Grund angegriffen haben. Ich erinnere mich nicht mehr der Nummer des Kurjer Slonski, aber ich erinnere mich des Artikels von der Partei der vier Doktoren, in welchen ich neben den Herren Dr. Seyda, Dr. Rostek und Dr. Krzyzankiewicz mit Namen genannt wurde. Es war nicht nötig, die Namen in jeder folgenden Nummer zu wiederholen, um den Lesern die Genannten als Leute zu kennzeichnen, die den Frieden stören usw. Der Zweck wurde erreicht. Ein Beweis hierfür ist die Tatsache, daß aus den Kreisen der Leser der Beuthener Blätter Losungen hervorgegangen sind, wie „lassen wir uns von dem Demokraten nicht naszuführen“. Dieses Naszuführen konnte sich nur auf mich, den Vorsitzenden des Kreiskomitees, beziehen. Nolens volens hat Herr Korfanty eine Verwirrung angerichtet. Ich werde dies Herrn Korfanty später beweisen. In den Augen dieser Leute hat Herr Korfanty meine soziale Tätigkeit, die ich aufrichtig und gern ohne Nebenabsichten entfaltete, leichtsinnig diskreditiert. Infolgedessen fühlte ich mich zu einem öffentlichen Proteste berechtigt. Daß ich gegen eine solche Arbeit protestiert und nicht als erster angegriffen habe, vergaß der Berichterstatter der Beuthener Blätter leider hinzuzufügen. In einer solch veränderten Sachlage Krieg zu führen, ist für den Kurjer Slonski leicht. Der Bericht hinkt auch noch an einer anderen Stelle. Ich habe behauptet: „Wenn nicht einmal in einer Gemeinde Einmütigkeit herrscht, finden wir sie desto weniger in der ganzen Volksversammlung. Meinungsverschiedenheiten werden in den Zeitungen immer vorkommen, aber es soll in ihnen kein Raum für persönliche Angriffe, sondern nur für eine sachliche Diskussion sein.“ Den Ausdruck „Zänkereien“ habe ich an dieser Stelle nicht gebraucht, denn er enthält den Begriff einer unsachlichen Diskussion. Dadurch sind auch die mehr oder weniger witzigen Schlüsse des Kurjer Slonski hinfällig.

Meinen Protest richtete ich gegen Herrn Korfanty aus folgenden Gründen. Obgleich ich mich seit sieben

Jahren mit öffentlichen Angelegenheiten in Oberschlesien befaßt habe — und zwar vielleicht nie im Sinne des Katolik —, so griff mich doch der Katolik niemals persönlich an. Dies geschah erst in dem Augenblick, als Herr Korfanty in die Redaktion des Katolik eintrat.

Herr K. ist jedoch nicht die Person, von der ich mich für mein öffentliche Tätigkeit schmähen ließe. Herr K. bekannte sich — wie ich noch heut — zu den national-demokratischen Grundsätzen. In dem Augenblick, als er in die Redaktion des Katolik eintrat, begann er die diesen Grundsätzen huldigenden Personen aufs schärfste zu bekämpfen. Der Wandel der politischen Überzeugungen trat so plötzlich ein, daß von einer Evolution nicht die Rede sein kann. Wie soll man diese Anpassung an die Anschauungen seines Brotgebers nennen? —

Wenn der Kurjer behauptet, Herr Korfanty habe seine Anschauungen nicht geändert, er habe vollständige Bewegungsfreiheit, so kann man daraus schließen, daß Herr Korfanty überhaupt niemals Überzeugungen gehabt hat.

Der Kurjer wirft mir vor, daß ich Herrn Korfanty in die Tasche gucke. Das fällt mir gar nicht ein. Herr Korfanty darf sich sein Brot verdienen, wo und wie er will, er darf aber nicht Menschen schmähen, die sich zu seiner politischen Ansicht nicht bekehren wollen.

Klassisch ist der Satz des Kurjer: „Den Frieden in Oberschlesien nennt Herr Dr. Bialy Verrat und Verkauf der Grundsätze“. Ich gestatte mir eine bescheidene Frage: „Hätte Herr K. den „Frieden“ in Oberschlesien für nötig erachtet, wenn nicht der Katolik, sondern ein anderer die Finanzen des „Polak“ geregelt hätte“. Nimmt Herr Korfanty wirklich an, daß ein vernünftiger Mensch an diesen „Frieden“ glaubt? Für denkende Menschen war der ganze „Friede“ ein einfaches Geschäft. Der Katolik kaufte den Polak an, Herr K. gab die ihm jetzt unbequeme Partei auf — und basta. Außer Herrn K. hat kein vernünftiger Mensch seine Meinung verändert.

Auf den übrigen Teil des Kurjer-Artikels antworte ich kurz, es sei nicht meine Schuld, daß die Redaktion des Katolik für die Kreiskomitees und für das Provinzialkomitee arbeiten muß, was ich übrigens frei und offen gutheiße. Im Kreise Rybnik bedarf ich ihrer Hilfe nicht. Ich tue meine Pflicht, soweit nur die Zeit reicht. Leider habe ich keinen Beruf, der es mir erlaubte, am Sonntag das „Geschäft zu schließen“ und andere Kreise zu Agitationszwecken zu bereisen.

Der letzte Angriff des Artikels, betreffend den Widerspruch meiner Theorien und Taten in Sachen der Kirchenwahlen ist gleichfalls nicht gelungen. Der Herr Informator hätte wissen müssen, daß das während der Landtagswahl abgeschlossene Kompromiß, an dem ich bei den gegenwärtigen Wahlen noch festhalten muß, noch verbindlich ist. Ob mir dieses Kompromiß gefällt oder nicht, das dürfte wohl der Kurjer Slonski am besten wissen!

Die Gazeta Ludowa hat nicht mein Agent, sondern ein weder von mir, noch von der Gazeta Ludowa abhängiger Mensch verteilt. Ich hatte keinen Grund, mich dem zu widersetzen, denn die Katolik-Zeitungen wurden in anderen Versammlungen ebenfalls verteilt.

Wenn es dem Kurjer scheint, daß diese Angelegenheit nicht in Ordnung ist, so hole er eine Entscheidung des Provinzialkomitees ein. Der Entscheidung werde ich mich gern fügen.

Dr. Bialy.

Aus Nr. 37 des Robotnik Polski.
Beilage zu Nr. 209 des Górnolazak (Rattowig)
vom 12. September 1911:

Die galizischen Nationaldemokraten boykottieren die obererschlesischen Arbeiter.

Im Anschluß an die Wiedergabe der Seite 934 in Nr. 37 des Gesamtüberblicks veröffentlichten Artikels des Lemberger Slowo Polskie unter der Überschrift „Die einheimische Kohle und die preußische Invasion“ schreiben die Katolik-Blätter:

Ohne alle Gewissensbisse fordern also die galizischen Nationaldemokraten zum Boykott der obererschlesischen Kohle und dazu auf, dieser Kohle einen der wichtigsten Märkte zu entziehen. Der Artikel ist vom nationalen Standpunkt schädlich und vom allpolnischen Standpunkt unsinnig. Die Nationaldemokraten unterstreichen in ihrem Programm, daß sie eine politische und wirtschaftliche Verschmelzung der polnischen Teilgebiete anstreben. Aber in ihrem Verhältnis zu Oberschlesien treiben sie, wie man sieht, die widerwärtigste galizische Dorfpolitik, als ob Polen in Galizien aufgehen würde. Für einen solchen Standpunkt könnte man noch Verständnis haben, wenn sich die Kohlengruben in Galizien in polnischen Händen befänden. Aber infolge der Indolenz der Galizier sind die galizischen Kohlengruben in jüdische und deutsche Hände geraten, ebenso befinden sich fast alle Reservate im Besitz der Deutschen. Das im galizischen Bergbau arbeitende Kapital ist also ebenso deutsch, wie das in Oberschlesien. Dagegen ist die Arbeit sowohl in Galizien als auch in Oberschlesien polnisch, denn die Bergwerksindustrie beschäftigt hier wie dort den polnischen Arbeiter. Die galizische Kohle ist hinsichtlich des Kapitals ebenso deutsch, wie die obererschlesische Kohle. Der obererschlesische Arbeiter leidet infolge des Mangels an Absatz der Kohle in den letzten Jahren an unfählicher Not, denn die Kohle wird aufgestapelt, weshalb Arbeitsmangel herrscht und unser Volk keinen Verdienst hat; mit einem Wort vom Absatz hängt in hohem Grade der Wohlstand des Arbeitervolks ab. Wer die obererschlesische Kohle boykottiert, boykottiert auch den obererschlesischen Arbeiter. Eine Politik, wie sie die Nationaldemokraten treiben, ist eine nationalfeindliche Politik, und am wenigsten verträgt sie sich mit den allpolnischen Lösungen der Nationaldemokraten.

Aus Nr. 37 des Związkowiec (Rattowig)
vom 16. September 1911:

Die Schikanen mancher Polizeibehörden in Oberschlesien gegenüber den christlichen Berufsverbänden.

Oberschlesien ist in ganz Deutschland deswegen berühmt, daß hier noch häufig nach russischer Art regiert wird, das heißt nach dem Gutdünken des betreffenden Vertreters der Polizeibehörde. Zwar ist es nicht überall so, wohl aber ohne Ausnahme in den Städten und Ortschaften, wo auf die Stadt- oder Gemeindevertretung die Besitzer großer industrieller Unternehmungen Einfluß haben, oder wo diese selbst oder ihre Beamten die Polizeimacht in Händen haben. Hier kann man die allerneueste Blütenlese der polizeilichen Kunst, die „Untertanen“ zu regieren, darbieten. Wir könnten die mannigfaltigsten und zahlreichsten Proben geben, doch das würde uns zu weit führen.

Wir bringen daher nur Beweise dafür, wie es gemacht wird, denn sie veranlassen geradezu zum Lachen. — Es handelte sich dabei um die Verteilung von Einladungen zu einer Versammlung in Königshütte.

Die Polizei gestattete es nicht, die Karten zu verteilen, sie berief sich dabei auf den § 10 des preußischen Pressgesetzes vom 12. Mai 1851 und gab keinerlei anderen Grund an.

Wir wandten uns beschwerdeführend an den Oppelner Regierungspräsidenten, um zu erfahren, was die Polizei zu diesem Verbote veranlaßt hätte. Der Regierungspräsident in Oppeln wies die Beschwerde zurück mit der folgenden Begründung (es folgt der polnische Wortlaut der Verfügung).

Diese Entscheidung des Präsidenten der Oppelner Regierung ist ein typischer Beweis dafür, daß die Polizei die Genehmigung zur Verteilung der Karten verweigert, obwohl sie keinen auf gesetzliche Vorschriften sich stützenden Grund dazu hatte. Denn das, was der Regierungspräsident als Begründung angeführt, ist der reinste Spott.

Die Sache verhielt sich nämlich so: Als der Veranstalter der Versammlung diese polizeilich anmeldete und die Genehmigung zur Verteilung der Einladungen verlangte, waren die Einladungskarten im Druck noch nicht fertig gestellt, deshalb nahm er die erste beste Karte, änderte auf ihr das Datum mit der Feder und legte sie der Polizei vor, damit sie wüßte, wie die eigentliche Einladung aussehen wird. Daß es so war und daß die Polizei ganz gut davon wußte, geht schon aus der obigen Entscheidung des Regierungspräsidenten hervor, wenn er darin sagt, daß die Änderungen in dem Formular unachtsam gemacht worden seien. Aber trotzdem mußte diese geringfügige Sache dem Regierungspräsidenten zur Begründung seiner abfragenden Antwort gebient haben, denn eine andere Begründung hatte er anscheinend nicht. Die Polizei verfuhr unrechtmäßig eigenmächtig, sie hatte für ihr Verfahren keine rechte Begründung, man spottete eines Bürgers, der sich beschwerte, — und damit war die Sache abgetan.

Die an den Oberpräsidenten in Breslau gerichtete Beschwerde hatte auch den erwünschten Erfolg. Die Verfügung der Polizei und die Entscheidung des Regierungspräsidenten wurden aufgehoben, und beide Behörden erhielten entsprechende Weisungen.

Die Rüge des Oberpräsidenten mußte nicht allzuschmerzhaft gewesen sein, denn die Königshütter Polizei macht sich nichts aus ihr, sie verfährt ebenso wie vordem. Der christliche Metallarbeiterverband wollte im Mai in Königshütte eine Versammlung veranstalten, er wiederholte das früher Getane. Die Polizei versagte wieder die Genehmigung zur Verteilung der Einladungskarten, sie berief sich auf den § 10 des preußischen Pressgesetzes und fügte hinzu, sie erlaube es deswegen nicht, weil die Karten neben dem deutschen auch polnischen Text hätten. Interessant ist hier die Antwort des Regierungspräsidenten auf die betreffende Beschwerde, die er zurückwies. Nach nahezu drei Monaten antwortet uns der Regierungspräsident unterm 17./21. August 1911 folgendes: (Es folgt der Wortlaut der Verfügung.)

Diese Verfügung des Präsidenten der Oppelner Regierung enthielt grundsätzlich eine wunderliche Verwechselung der Begriffe. Der Regierungspräsident stellt hier den Grundsatz auf, es sei deshalb nicht gestattet, polnisch-deutsche Druckschriften zu verteilen, weil in dem gegebenen Orte nach dem Vereinsgesetz in öffentlichen Versammlungen nur in deutscher Sprache verhandelt werden dürfe. Der Regierungspräsident möchte daher ohne jegliche gesetzliche Grundlage auch die Verteilung polnischer Drucke einzig und allein deshalb verbieten, weil das Vereinsgesetz unter gewissen Bedingungen verbietet, in Versammlungen polnisch zu sprechen. Schöne Aussichten!

Was nun das Verbot betreffend die Verteilung der Einladungen zu der Versammlung anlangt, die

im vorliegenden Falle notgedrungen deutsch sein mußte, so können die polnisch-nationalen Kreise dem Präsidenten der Oppelner Regierung sehr dankbar sein, daß er darum so sehr besorgt ist, daß die Polen, gefördert durch die polnischen Einladungen, nicht etwa in eine deutsche Versammlung gingen. Ohne Zweifel befürchtet der Regierungspräsident, daß eine solche Versammlung zur Germanisierung beitragen könnte. Die rührende Sorge um die Erhaltung und Reinheit der polnischen Sprache veranlaßte den Oppelner Regierungspräsidenten augenscheinlich zur Bestätigung des Verbots betreffend die Verteilung der in deutscher und polnischer Sprache verfaßten Einladungskarten.

Doch Spaß beiseite. Auch im vorliegenden Falle zeigt die Art der Beweisführung des Regierungspräsidenten, daß die Polizei ohne triftigen Grund verboten hat, die Karten zu verteilen, und deshalb muß sie zu Ausflüchten greifen, die sie wohl selbst nicht ernst nimmt und die auch die schwächste Kritik nicht vertragen. Die Verbote der Kartenverteilung haben lediglich den Zweck, den christlichen Berufsverbänden die Versammlungen unmöglich zu machen. Andere Verbände, wie die Vereinigung und die Berliner Fachabteilungen, haben ihre politischen Zeitungen zur Verfügung, in denen sie die Versammlungen bekanntgeben; sie haben es somit nicht nötig, sich in derselben Weise wie wir der Karten zu bedienen. Die christlichen Verbände dagegen besitzen nicht eine politische Zeitung in Oberschlesien, die sie unterstützen würde, sie müssen sich daher der Karten bedienen. Und hier tritt uns in manchen Orten die Polizei hindernd in den Weg. Trotzdem die bestehenden gesetzlichen Vorschriften die Verteilung der Karten ohne polizeiliche Genehmigung gestatten, so haben wir uns doch um die Genehmigung bemüht, um zu zeigen, daß wir nichts zu verheimlichen haben. Durch ihre Schikanen zwingt uns die Polizei, von dieser Gewohnheit abzugehen. Die Polizei würde ohne Zweifel eine solche Verfolgung der christlichen Verbände unterlassen, wenn sie nicht Unterstützung beim Präsidenten der Oppelner Regierung fände. Die christlichen Organisationen müssen sich deshalb darum bemühen, daß der Reichskanzler, der solche Sachen keineswegs lobt, ein wenig Einblick nimmt in die oberschlesischen Verhältnisse.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 208 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 13. September 1911:

Die Taktlosigkeit des Berliner Oberbürgermeisters Kirchner in Posen.

„Unser“ Oberbürgermeister Kirchner, der hier in Berlin nur eine bescheidene Rolle spielt und sich weder durch große Reden noch Taten ausgezeichnet hat, weshalb sich die Regierung auch nicht viel aus ihm macht, und die öffentliche Meinung sich mit Recht über seine fruchtlose, philisterhafte städtische Politik und das immer größer werdende Übergewicht Charlottenburgs und der andern Vorortgemeinden über Berlin beschwert, ist gestern nach Posen gereist und hat sich dort als großer Mann gefühlt.

Um die hakatistische Ausstellung in Posen zu verherrlichen, veranstaltet man dort verschiedene Zusammenkünfte, besonders solche, die mit dem humanitären Charakter der prachtvollen und höchst belehrenden Hygieneausstellung in Dresden nicht zusammenpassen.

Grade der deutsche Städtetag wäre ebenfalls in Dresden am Platze gewesen, aber die Herren Bürger-

meister der größeren deutschen Städte kümmern sich augenscheinlich mehr um die Politik als um die Hygiene ihrer Städte, denn die Politik bietet für die kommunalen „Streber“ ein dankbareres Gebiet als die Hygiene.

Also nicht in Dresden, sondern in Posen veranstaltete man den deutschen Städtetag, um den dortigen „Strebern“ zu Hilfe zu kommen.

Der „liberale“ Oberbürgermeister von Berlin, der an der Spitze des deutschen Städtetages steht, hat in Posen augenscheinlich vergessen, daß ihn dort der Oberbürgermeister Wilms begrüßte, der als sein Kollege im Herrenhause die berühmte reaktionäre Rede gegen die Reform der Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus gehalten und sich kategorisch gegen die Reform ausgesprochen hatte, die Herr Kirchner in Berlin als „liberaler“ verteidigen muß; ganz und gar verlor er aber den Kopf, als er die Begrüßung des Posener Stadtverordnetenvorstehers, des „Urdeutschen“ polnisch-jüdischer Abstammung, Herrn Placzek, hörte. Es schien ihm, daß der aus Düsseldorf stammende Hakatist Wilms und der von polnischen Juden abstimmende Rechtsanwalt Placzek die Vertreter des „Urdeutschtums“ in Posen seien, und er hielt eine Rede, die in dem Munde eines kleinstädtischen Philisters aus irgend einem Kriegerverein annehmbar gewesen wäre, aber nicht in dem Munde des „liberalen“ Leiters der liberalen Gemeinde der größten deutschen Stadt.

Das Jerusalem in dem Posener Stadtverordnetenkollegium, das sich mit deutschpatriotischen Federn schmückt, hielt er für identisch mit dem ihn unterstützenden Jerusalem in dem Berliner Stadtverordnetenkollegium und für die Blüte des kämpfenden Deutschtums. In entwaffnender Unkenntnis der Posener Verhältnisse rühmte er „den wahrhaft deutschen Geist in der Posener städtischen Verwaltung“. Er weiß nicht, daß in ihr die Juden den Reigen anführen. Dies kann man noch seiner Ignoranz in die Schuhe schieben, für eine Taktlosigkeit muß man es aber halten, wenn er solche Anschauungen trotz des Umstandes ausspricht, daß er sich als Gast einer Stadt dort befand, deren Bevölkerung zum großen Teil polnisch ist, und daß gerade diese ein Anrecht darauf haben würde, in dem Stadtverordnetenkollegium die Herrschaft auszuüben, wenn nicht das plutokratische Wahlsystem wäre.

Wie wagt Herr Kirchner zu behaupten, daß das augenblicklich am Steuer der Verwaltung in Posen befindliche Stadtverordnetenkollegium, das in seiner Mehrheit aus Juden und ihren Speichelleckern zusammengesetzt ist, „wichtige patriotische Aufgaben erfüllt“, daß es „in der ersten Reihe der energischen Verteidiger der bedrohten Interessen des Deutschtums steht“, und daß die Anwesenheit des Herrn Kirchner und seiner Genossen in Posen die Posener Juden und Hakatisten „in ihrer Verteidigung der Interessen der deutschen Nation unterstützen soll?“

Wie kann Herr Kirchner die Posener Juden und Hakatisten lobpreisen, daß sie in den letzten Jahren so viele „hervorragende Dinge“ auf dem Gebiete des Bauwesens in der Stadt, der Armenfürsorge und auf dem Gebiete des Schulwesens geschaffen haben?

Der pseudoliberalen Philister, der als „Haupt“ Berlins so wenig zu sagen hat, hat überhaupt keinen Begriff, daß das Schulwesen in Posen und überhaupt in den polnischen Landesteilen eine Karrikatur des wahren Schulwesens ist, er weiß nichts davon, daß das preußische System mit vollem Bewußtsein das polnische Volk, das seit Jahrhunderten Herr des Posener Landes gewesen ist, auf das Niveau des heimatlosen Proletariats herabstößt, er hat keine Ahnung davon, daß die neuen, prachtvollen Potemkinschen Wilderchen in Posen nicht das Ergebnis einer

regelrechten kommunalen Entwicklung sind, sondern ein künstliches Werk, das dem Staate ungeheure Millionen gekostet und die Posener Gemeinde in rasende Schulden gestürzt hat.

Er scheint es nicht zu verstehen, daß es ganz und gar kein Kunststück ist, auf diese Art die Entwicklung einer Stadt zu fördern. Ein solcher Haberland hat aus eigenen Kräften im sogenannten Bayrischen Viertel hundertfach schönere Dinge geschaffen, als in Posen die Regierung, die Hafatisten und das antipolnische System ausnützende abtrünnige Judentum zusammen genommen.

„Unser“ Berliner Oberbürgermeister hat sich in Posen als großer Ignorant erwiesen und hat eine große Taktlosigkeit begangen!

Aus Nr. 213 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 16. September 1911:

Wiesbaden, den 13. September 1911.

Auch hier in der weiten Fremde haben wir unsern Verein polnisch-katholischer Arbeiter. Die Versammlungen unseres Vereins finden jeden zweiten Sonntag statt. Den Vorsitz in unserm Verein führen die Herren Dr. Gornicki und Schneidermeister Suzycki, welche, trotzdem sie bereits 30 Jahre in der Fremde ansässig sind, sich dennoch als Polen fühlen und sich unseres Vereins sehr annehmen.

In unserem Verein haben wir 45 Mitglieder, Landsleute aus der Provinz Posen und aus dem Königreiche, die hier in landwirtschaftlichen Betrieben und Ziegeleien beschäftigt sind.

Unser Verein hat eine Pilgerfahrt nach Marienthal veranstaltet. Beteiligt haben sich an ihr 48 Landsleute und ein gewisser Geistlicher aus Oberschlesien, der zur Kur hierhergekommen war.

Schließlich pflegen häufig Geistliche und andere Herren als Gäste in unsern Versammlungen zu erscheinen.

Am Donnerstag, den 10. September, beehrte unsere Versammlung durch seine Anwesenheit der hochwürdigste Herr Bischof Alois aus Gnesen, der uns mit einem herzlichen „Geliebte Brüder“ begrüßte! Nachdem er uns das heilige Evangelium vorgelesen hatte, erteilte uns der Herr Bischof eine dem Evangelium entsprechende Belehrung und erteilte uns zum Schluß seinen Hirtensegen.

In seiner Belehrung forderte uns der Herr Bischof mit innigen Worten auf, an unserm heiligen Glauben und an unsern nationalen Sitten und Gebräuchen beharrlich festzuhalten. Nach dem Absingen des Liedes „Alle unsere täglichen Sachen“ schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Die Versammlungen unseres Vereins finden natürlich nur während des Sommers statt, da der größere Teil unserer Mitglieder zum Winter nach dem Heimatland fährt.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 210 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 15. September 1911:

Beitrag zum polnisch-ruthenischen Ausgleich.

Wie die ruthenische Allgemeinheit sich auf das einträchtige Zusammenleben mit uns vorbereitet und auf welchen trügerischen Grundlagen dieser Ausgleich evtl. Unterstützung finden wird, davon möge die nach-

stehende Tatsache Zeugnis ablegen. Nach den letzten Wahlen, während denen der Stadthalter Bobrzynski die ukrainischen Kandidaturen ziemlich offen unterstützt hat, wurde „aus Dankbarkeit“ in Zehntausenden von Exemplaren ein Aufruf an das ruthenische Volk verbreitet, den wir an der Hand Lemberger Blätter nachstehend wiedergeben:

„Für die Wahlen zur Erntearbeit nach Preußen! Jetzt ist es die höchste Zeit, den Polen unsere Kraft und den Schmerz des Volkes zu zeigen! Möge niemand zu einem Polen auf Arbeit gehen! Mögen ihre Feldfrüchte zu Grunde gehen und mit ihnen auch die Polen! 10 000 Arbeiter finden sofort Feld und Fabrikarbeit. Mit offenen Händen werden uns die Deutschen aufnehmen und uns als Menschen ansehen, nicht als Vieh, wie es die Polen tun. Kein einziger ruthenischer Fuß betrete die polnische Flur! Wer dennoch zu einem Polen auf Arbeit gehen sollte, der sei verflucht wie Judas! Der dabei verdiente Groschen gereiche ihm und seiner Familie zur Krankheit! Sein Geschlecht verschwinde mit den Polen von der Oberfläche unseres Ruthenenlandes! Sei, für die Wahlen zur Erntearbeit nach Preußen!“

Ein schöner Aufruf! Merkwürdig, daß ihn die Staatsanwaltschaft, trotzdem er alle Merkmale eines Verbrechens an sich trägt, nicht beschlagnahmt hat.

Aus Nr. 125 des Deutschen Volksblatts für Galizien
(Lemberg)

vom 8. September 1911:

Undeutsches.

Es ist doch wirklich sonderbar, daß es heute noch immer deutsche Gemeindevorsteher gibt, die, wo sie es doch nicht müssen, sich beim Ausfertigen von amtlichen Schriftstücken so gerne der polnischen Sprache bedienen.

So ist uns ein deutscher Gemeindevorsteher bekannt, der Mitglied des Bundes der christlichen Deutschen für Galizien ist, das Deutsche Volksblatt liest und wenn er einmal nach Lemberg in die Bundeskanzlei kommt, sich auch als strammer Deutscher vorstellt. Dazu spricht der Herr ein Polnisch, daß sich Gott erbarmen möge. Dennoch schreibt dieser deutsche Gemeindevorsteher, wenn ein deutscher Reservist zur An- oder Abmeldung kommt in den deutschen Militärpaß neben das deutsche Gemeindefiegel: Zgłosil się do nabyta.

N. N. Naczelnik gminy.

Beim Ausstellen von Viehpassen, die doch bekanntlich in polnischer, deutscher und ruthenischer Sprache vorgedruckt sind, bedient sich dieser Herr nie der deutschen Schrift, sondern er schreibt drauf los: Weprek biala, Korowa czarna lesa oder Kubela gniada. Durch dieses schauderhafte Polnisch hat dieser Herr auch schon genug Anstände gehabt und doch läßt er es nicht. Beim Ausstellen der Steuermahnzettel schreibt dieser Herr nicht etwa: Zahlbar am . . . sondern: Zaplatete na dnia. Wir möchten doch diesen Herrn fragen, ob ihm denn sein polnisches Kauderwelsch lieber ist als die deutsche Sprache? Bemerkst du deutscher Michel denn den Spott nicht, den die Polen bei deinem Polnischsprechen dir entgegenbringen? Ich denke, wenn du schön deutsch sprechen würdest, der Pole würde dich mehr achten als mit deinem Kauderwelsch. Nehme dir ein Beispiel an den ruthenischen Gemeindevorstehern, die stellen nie einen Viehpaß polnisch, sondern nur ruthenisch aus.

So schreibt ein deutscher Landwirt aus einer unserer Gemeinden. Der betreffende liebe Herr Gemeindevorsteher ist wohl auch der irrigen Anschauung, daß er ein „Herr“ wird, wenn er sich bei seiner Amtierung

der polnischen Sprache bedient. Da täuscht er sich gewaltig! Ein Herr ist er, wenn er als deutscher Bauer, als deutscher Mann sich seiner Muttersprache nicht schämt, sondern stolz darauf ist, ein Deutscher zu sein. Dadurch aber, daß er sich als Pole ausgibt, obwohl er gar nicht polnisch kann, wird er ein Frierer und Speichel-lecker, der sich bei Freund und Feind lächerlich macht. Ihr deutschen Gemeindevorsteher seid deutsche Männer!

Aus Nr. 125 des Deutschen Volksblatts für Galizien
(Lemberg)

vom 8. September 1911:

Hütet die deutsche Jugend!

Die Notiz in der letzten Folge des Volksblattes über das Studentenfest in Gelsen-dorf, bei dem deutsche Scharlieder gesungen wurden und auch eine Sammlung für den „Bund“ veranstaltet wurde, brachte mir unwillkürlich ein Erlebnis in Erinnerung, das ich in der Ferienzeit in einer westgalizischen deutschen Kolonie hatte. Ich will den Namen des Ortes nicht nennen, um nicht Unstimmigkeiten zu erregen und den Namen des Ortes an den Pranger zu stellen.

Auf dem Gemeindegasthause des beinahe rein deutschen Ortes prangten Plakate mit der Aufschrift: „przedstawienne amatorskie“ (Liebhabervorstellung), und als ich fragte, wer eigentlich die polnische Vorstellung im deutschen Orte veranstaltete, da erhielt ich zur Antwort — die Studenten. Und tatsächlich sah ich in der Nähe des Gasthauses mehrere Burschen in der Mittelschuluniform mit den Vorbereitungen zur Vorstellung beschäftigt. Beim Vorübergehen hörte ich auch, wie sie sich polnisch untereinander unterhielten. Ich fragte meinen Gewährsmann, ob es fremde, oder zum Besuche im Orte weilende polnische Studenten seien und erhielt zu meinem größten Befremden und Schmerze die Antwort, es seien eingeborene Söhne deutscher Eltern! Wie? sollten sie kaum heran-gewachsen, ihre gemeinsame, heilige, deutsche Mutter-sprache so mißachten, daß sie auch im persönlichen Ver-kehr, in der Umgebung ihrer deutschen Eltern der ange-lerten, fremden polnischen Sprache bedienen? Und doch war es so. Am Abend desselben Tages mußte ich auch sehen, daß diese aus rein deutschem Hause stammenden Kinder und Jünglinge nicht nur polnisch sprechen, sondern auch polnisch fühlen! Bei der Przedstawienie wurde irgend ein polnisches Stück gegeben, mit polnischen roten Mützen (Konfederatki) und Krakauer Trachten. Die Darsteller schienen sich nicht auf die gewöhnliche polnische Sprache beschränken zu wollen, sie zwängten ihre deutschen Zungen in die harte Aussprache des Masurendialektes hinein und dachten dadurch, weiß Gott, wie schneidig zu wirken. Im Spiel selbst waren sie übrigens gar nicht schlecht und es zeigte sich auch in dem fremden Gewande die deutsche Tüchtigkeit. Und dennoch konnte ich nicht lange bei der Vorstellung bleiben. Ich bekam bald das Gefühl tiefster Trauer über solche nationale Entartung, bald übermannte mich die Entrüstung über den polnischen Mummenschanz teuren deutschen Blutes.

Als ich aber später mit einem biederem, ferndeutschen Bewohner des Ortes zusammensaß und mir die Orts-verhältnisse erklären ließ, da wunderte ich mich nicht mehr über die polnischen Kinder deutscher Eltern, nicht über die polnische Theatervorstellung im deutschen Orte, nicht über die roten Konfederatki auf den Köpfen deutscher Bauernsöhne. Unser lieber deutscher Michel hatte eben in diesem Orte ebenso geschlafen, wie in vielen anderen Orten, der Einfluß auf die Ausbildung der

deutschen Jugend war in den Händen einiger Polen, welche die deutschen Bauernsöhne in polnische Mittel-schulen und so in die Arme polnischen Volkstums leiteten. Ihnen sei deshalb kein Vorwurf gemacht, denn nationale Selbstlosigkeit verlangen wir von Niemandem; auch nicht den deutschen Eltern, denn sie hatten keine anderen Veräter, als jene Polen. Am wenigsten darf man aber einen Vorwurf machen den deutschen Jungen, welche ohne deutsches Nationalbewußtsein in die polnisch-nationalen Mittelschulen kamen und dort in den Rausch der polnisch-national-patriotischen Lehrer und Mitschüler hineingerissen wurden. Vorwerfen kann man nur dem Schicksal, daß es nicht schon früher die nationale Organisation der deutschen Schutzvereine in diesen Orten gebracht. — Heute ist es im Orte schon anders. Eine Reihe von wackeren, für das edle Deutsch-tum begeisterten Männern ist stramm an der Arbeit, um den deutschen Michel in diesem Orte zu wecken, von dem die Polen sagten, daß von ihm in zwanzig Jahren kein deutsches Wort zu hören sein werde.

Die obige Schilderung möge euch, liebe Leser eine Warnung sein vor nationaler Gleichgültigkeit und vor der Entartung eurer Kinder. Erziehet sie in deutschem Geiste, haltet euch und ihnen stets die Größe und Herrlichkeit des deutschen Volkes vor. Lasset nicht zu, daß die deutsche Nation eure Nachkommen verliere, die dann, gleich Janitscharen, gegen das Volk ihres Vaters und ihrer Mutter wüten, ihre deutschen Eltern verachten oder sich wenigstens ihrer schämen und polnische Namen annehmen.

Wenn ihr, deutsche Eltern, un-gewarnt eure Kinder zu Polen werden liebet, so beginget ihr eine Unterlassungssünde. Lasset ihr aber nach unserer Warnung eure Kinder in dem Polentum unter-gehen, so begehet ihr ein Verbrechen, eine Todsünde an eurem Volk! Drum hütet unser herr-lichstes Gut — die deutsche Jugend!

Dr. Karl Herland.

Aus Nr. 126 des Deutschen Volksblatts für Galizien
(Lemberg)

vom 15. September 1911:

Ein- und jetzt.

In der polnischen Presse spielt sich zur Zeit ein erbitterter Kampf ab über die Politik, welche Statthalter Dr. Bobrznyski gegenwärtig verfolgt. Für uns Deutsche ist dieser Kampf sehr interessant, weil er die letzten Ziele klar legt, welche die galizischen Polen überhaupt in Galizien und speziell unserem Volk gegenüber verfolgen. Der Anlaß, welcher augenblicklich den Streit hervor-gerufen hat, ist die Frage des polnisch-ruthenischen Ausgleichs. Es wird dem Statthalter seitens der all-polnischen Presse vorgeworfen, daß er durch sein an-geklagtes Entgegenkommen gegen die Ruthenen, das polnische Volk verrate. Um sich den Ruhm zu erwerben, nach so viel fehlgeschlagenen Versuchen endlich die Ruhe in Galizien hergestellt zu haben, verrate der Statthalter das polnische Volk in Galizien. Derartige Äußerungen kann man fast täglich im Slowo Polskie oder der Gazeta Narodowa lesen. Natürlich spielt bei diesen Blättern auch die Erbitterung mit, über die große Niederlage, welche die Allpolen bei den letzten Reichs-rats-wahlen infolge der Politik des Statthalters erlitten haben.

Das Organ, in welchem der Statthalter oder jedenfalls die ihm nahestehenden Kreise auf die all-polnischen Angriffe antworten und sich verteidigen, ist der in Lemberg erscheinende konservative „Przegłond“.

In diesem Blatte lasen wir kürzlich (Nr. 204 vom 6. September) unter der Überschrift: *Niepotrzebne jatrzebie* (unnötige Aufreizung) einen höchst charakteristischen Artikel, welcher die Ansichten der leitenden konservativen Kreise über die ruthenischen Frage wieder spiegelt. In diesem Artikel wird den Allpolen der Vorwurf gemacht, daß sie durch ihre ganze gehässige Politik dieselben immer mehr zur Absonderung von den Polen treiben. Spöttisch malt der Przegłond die Verhältnisse aus, wie sie sich gestalten müßten, wenn die Ruthenen den allpolnischen Forderungen Rechnung trügen, ihre nationale Absonderung aufgeben und die polnische Sprache als allein herrschende anerkennen wollten. In diesem Falle würde nichts mehr im Wege stehen, daß die Ruthenen in den Polenklub einträten, in welchem sie jedenfalls als bürgerliche Abgeordnete sich mit der polnischen Volkspartei verbinden und dieselben wegen ihrer Zahl wahrscheinlich beherrschen würden. Die vereinigten Volksparteiler und Ruthenen würden dann die stärkste Partei innerhalb des Polenklubs werden, an dessen Spitze dann Dr. Konstantin Lewicki treten würde. Gegenüber einer solchen dem polnischen Volkstum höchst schädlichen Entwicklung verfolgt der Statthalter und die konservative Partei vielmehr das Ziel, den Ruthenen vorläufig ihre nationale Besonderheit zu lassen, jede unnötige Reizung derselben zu vermeiden und lieber durch eine ruhige, besonnene Politik das allmähliche Aufgehen der Ruthenen in den Polen vorzubereiten.

„Durch die jetzigen Hegerien verhindern die Allpolen, daß die besseren Elemente aus dem ruthenischen Lager in das polnische übergehen. Einst, in früheren Zeiten fand dies Überlaufen allgemein statt. Jeder mehr gebildete Ruthene, der sich mit edleren Bestrebungen trug, der mehr Liebe zur ernstlichen Kultur besaß, wuchs ganz unwillkürlich und unbewußt mit der polnischen Kultur zusammen, und wurde so allmählich ein Pole. Seit aber die Allpolen begonnen haben, auf die Ruthenen zu heßen und beide Völker gegeneinander aufzureizen, seitdem sich infolgedessen eine Reaktion gegen die Polonisierung im ruthenischen Volk gebildet, und Dilo und ähnliche Organe entstanden, welche uns gegenüber dieselbe Rolle spielen, wie *Slowo polskie* und *Gazeta narodowa* gegenüber den Ruthenen, seit der Zeit hat jener Übergang aus dem ruthenischen Lager in das unsere fast vollständig aufgehört.“

Was hier Przegłond im Blick auf die Ruthenen sagt, das läßt sich ganz genau so auch auf die Deutschgalizier anwenden. Auch mit den Deutschen Galiziens war es so, daß zeitweilig diejenigen, die nach höherer Bildung strebten und vorwärts kommen wollten, sich polonisierten. Und es ist zweifellos ein unfreiwilliges Verdienst der Allpolen und ihrer Hegerie, daß vielen Deutschen unseres Landes doch schließlich die Augen aufgegangen sind, und sie sich wieder auf ihr Volkstum besonnen haben. Wenn aber nun die konservativen Kreise meinen, daß sich durch Bekämpfung der nationalen Richtungen die Geschichte zurückschrauben und der alte Zustand wieder herstellen ließe, so befinden sie sich in einem großen Irrtum. Das „Einst“ ist unwiederbringlich dahin, es kommt nicht wieder! Auch bei den Juden ist es so. Trotz aller Bekämpfung des Zionismus wird man die nationale Bewegung unter den Juden nicht mehr unterdrücken. Mit der wachsenden Volksschulbildung, mit der Zunahme der Volksaufklärung wächst auch überall das nationale Selbstbewußtsein. Insofern sehen die Allpolen viel klarer. Sie wissen wohl, daß es sich in der ruthenischen Frage um einen Kampf auf Tod und Leben handelt. Und darum nennen sie die gegenwärtige Politik des Statthalters eine kurzsichtige. Sehr be-

merkenswert ist aber in dem Artikel des Przegłond auch noch das offene Geständnis, daß das Ziel, um welches es den konservativen Polen geht, dasselbe ist, wie das der von ihnen jetzt so stark bekämpften Allpolen. Daß Galizien ein rein polnisches Land wird, daß es keine andere Nationalität in demselben geben darf wie die Polen, das ist das gemeinsame Ziel. Die Konservativen wollen den k. k. österreichischen Regierungsapparat zur Erreichung dieses Zieles aufbieten. Die Allpolen haben diesen Regierungsapparat, nachdem Glombinski weichen mußte, nicht mehr zur Verfügung und vorläufig auch keine Hoffnung darauf, ihn in die Hand zu bekommen. Aber sie geben sich am Ende keiner Täuschung darüber hin, daß die große Heuchelei, welche darin liegt, das Interesse des österreichischen Staates zu vertreten und gleichzeitig den Wiederaufbau Polens zu betreiben, sich auf die Dauer nicht vereinigen läßt.

Uns kann der Kampf schließlich ziemlich einerlei sein. Lassen wir uns weder durch Hegerien noch durch süße Friedensstöne irremachen. Auch für die Deutschen muß das „Einst!“, die schmähliche Periode, in welcher die Deutschen um das Vinsengericht polnischer Bildung ihre Erstgeburt veräußerten, unwiderruflich dahin sein. Die Zukunft gehört der Aufrichtigkeit, der Wahrheit, der idealen Hingabe an das eigene Volk! Alle, die dasselbe Ideal haben, und die dabei nicht andere drücken oder zertreten wollen, sind uns innerlich verwandt und ihnen reichen wir gerne die Hand zur gemeinsamen Arbeit damit das „Einst“ niemals wiederkehre, sondern eine neue Zeit komme, in welcher in Galizien nationale Gerechtigkeit, wahre Freiheit und wahrer Fortschritt regiere, und jedes Volk die ihm eigenen Kräfte ungehindert entwickeln kann.

Aus Nr. 126 des Deutschen Volksblatts für Galizien
(Lemberg)

vom 15. September 1911:

„Verein deutsche Mittelschule“.

Nach längerer Pause in seiner Tätigkeit, die durch die Ferien bedingt war, hat der Verein mit seinem Wirken wieder eingesetzt. Da er aber seit kurzem — gerade fünf Monate — besteht, konnten auch die Vorarbeiten zu keinem endgültigen Abschluß gebracht werden. Diese Vorarbeit besteht, wie bekannt, aus der Sammlung und Sichtung der statistischen Daten über das Schülermaterial auf Grund der in zweifacher Fassung vor den Ferien herausgegebenen und versandten Fragebogen. Dieselben sind nun zum größten Teile ausgefüllt an den Vorstand des Vereines zurückgelangt und wurden bereits in statistischer Hinsicht verarbeitet. Jedoch stehen noch Fragebogen aus einigen wichtigen Bezirken aus, um deren nachträgliche schleunigste Zusendung gebeten wird. Der Vorstand fühlt sich schon heute verpflichtet, allen jenen, die sich der oft schwierigen und gewiß zeitraubenden Arbeit der Sammlung der notwendigen Daten in so uneigennütziger Weise unterzogen haben, treudeutschen Dank auszusprechen. Hervorzuheben ist besonders die Gewissenhaftigkeit, mit welcher die Vertrauensmänner in den Bezirken Stanisław, Neu-Sandez u. a. die einzelnen Rubriken ausfüllten, wobei sie in richtiger Erkenntnis der Wichtigkeit des Punktes „Anmerkungen“ über die nationale Gesinnung und die völkische Erziehung im Hause zuverlässige Daten lieferten. Auch manche fruchtbringende Anregungen und neue Gesichtspunkte wurden dem Vereine nahegelegt, die von nun an berücksichtigt werden, so wird z. B. von Neu-Sandez mit Recht auf die Wichtigkeit der „Hausprache“ verwiesen.

Obwohl nun ein abschließendes Urteil noch nicht gegeben werden kann, bietet das bereits vorhandene statistische Material bestimmte, das Ganze kennzeichnende Merkmale, die kurz hervorgehoben werden mögen. Vor allem fällt auf, daß die Zahl der deutschkatholischen Mittelschüler nach der eingesendeten Statistik so unverhältnismäßig klein ist. Kaum 25% der deutschevangelischen Mittelschüler! Daß es in Wirklichkeit anders ist, und die katholischen den evangelischen Schülern die Waagschale halten, daran ist nicht zu zweifeln. Dieses Mißverhältnis ist eben ein klassisches Beispiel dafür, daß die deutschkatholische Bevölkerung durch die Polonisierung der Dorfschule und der Gottesdienste in der Kirche ihrem Volkstum entfremdet wurde. Denn tatsächlich finden wir aus vielen Bezirken in den Fragebogen darüber die trockene aber vielsagende Notiz: „Aus der deutschkatholischen Gemeinde N. studieren mehrere Kinder in der Stadt X., sie sind aber sämtlich in der polnischen Bursa untergebracht, sind also für das Deutschtum verloren!“ Wieviel deutsches Blut uns auf diese Weise geraubt wird, wer kann es sagen?! Daher tut es vor allem not, deutschkatholische Studentenheime zu errichten. In anderen österreichischen Kronländern, wo Deutsche und Slawen untereinander wohnen, z. B. in Mähren, verbietet es das Gesetz, daß ein Kind in der Schule und durch die Schule entnationalisiert werde. Bei uns in Galizien aber werden unsere Kinder bei hellichtem Tage, sozusagen unter dem Auge des Gesetzes entnationalisiert! Und da wagt man es auf Preußen zu schimpfen? — —

Aber nicht einmal die deutsche evangelische Jugend ist vor den Fängen der polnischen Bursen sicher. Wir kennen mehrere Fälle, wo solche Schüler in Bursen bereitwilligst kostenlose Aufnahme fanden und der größten völkischen Gefahr ausgesetzt sind. Nicht nur das: sie werden von polnischen Katecheten in Religion unterwiesen. Daß das eine Ungerechtigkeit ist, wird auch ein rechtlich denkender Katholik zugeben müssen. Wir verlangen, daß unserer deutschen Jugend an den galizischen Mittelschulen ebenso ihr väterlicher Glaube, ob katholisch oder protestantisch, erhalten bleibe, wie man sie ihres Volkstums nicht berauben soll!

Erfreulicher ist die Tatsache, daß die deutsche Jugend verhältnismäßig mehr die Realschulen besucht. Es beweist dies immerhin den praktischeren Sinn, den sich auch der galizische Deutsche noch bewahrt hat.

Nun ein Wort über die nächsten Ziele der Vereinstätigkeit. Um sofort helfend und unterstützend zu wirken, hat der Vorstand des Vereines in seiner Sitzung am 9. d. M. beschlossen, aus den vorhandenen Mitteln für das laufende Schuljahr 400 Kronen zu Unterstützungszwecken flüssig zu machen. Hiervon sind 250 Kronen für 3 Stipendien bestimmt und zwar 2 zu 75 Kronen und 1 von 100 Kronen. Anspruch auf eines von diesen Stipendien haben deutsche Schüler und Schülerinnen katholischen, evangelischen und menonitischen Glaubens, die an einer galizischen Mittelschule studieren (Gymnasium, Realgymnasium, Realschule, Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten) und sich am Semesterschlusse mit einem guten Zeugnisse ausweisen, eine gute Sittennote erhalten und deren Eltern der Unterstützung bedürftig sind. Die völkische Zuverlässigkeit des Elternhauses gilt ebenfalls als Bedingung für die Erteilung eines Stipendiums. Die Stipendien kommen erst zu Beginn des Sommersemesters (Februar) zur Verteilung. Der Einreichungstermin der Gesuche wird rechtzeitig an dieser Stelle bekannt gegeben werden.

Die übrigen 150 Kronen sind zu Schulgeldunterstützungen an solche arme deutsche Schüler obiger Anstalten bestimmt, die trotz ihrer schlechten Fortgangsnote im abgelaufenen Schuljahre aus höchstens 3 Gegenständen, dennoch nach den einzuziehenden Erkundigungen die Gewähr geben, daß sie bei angestrengtem Fleiße ihre Studien mit Erfolg fortsetzen resp. beenden können. Für die Sittennote und die völkische Zuverlässigkeit des Elternhauses gelten die obigen Bestimmungen. Die Höhe der zu gewährenden Unterstützung richtet sich nach der Mittellosigkeit der Eltern, kann jedoch nur bei gänzlicher Armut 30 Kronen betragen.

Diese Schulgeldunterstützungen werden ebenfalls erst für das nächste Halbjahr gewährt. Die näheren Bestimmungen werden folgen.

Zum Schlusse wendet sich der Vorstand des Vereines an alle Deutschen, an alle Freunde und Förderer seiner Zwecke mit der Bitte, ihm durch ordentliche Jahresbeiträge und Spenden zu ermöglichen, der notleidenden deutschen Mittelschuljugend in Galizien auch in materieller Hinsicht Hilfe zu leisten.

Der Vorstand
des „Vereines Deutscher Mittelschulen
in Galizien.“

